

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Ungarn), Fassung vom 22.02.2024

Beachte für folgende Bestimmung

Die Änderungen auf Grund des MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) können nicht eindeutig zugeordnet werden, vgl. daher die „synthetisierte“ Version des DBA Ungarn plus MLI, als Anlage 1 dokumentiert.

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen
StF: BGBl. Nr. 52/1976 (NR: GP XIII RV 1535 AB 1667 S. 150. BR: AB 1409 S. 344.)

Änderung

BGBl. III Nr. 93/2018 (NR: GP XXV RV 1670 AB 1732 S. 190. BR: AB 9848 S. 870.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 11. Dezember 1975 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß Art. 27 Abs. 2 am 9. Feber 1976 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Ungarische Volksrepublik, von dem Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen zu vermeiden, sind übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen:

Text

Artikel 1

Persönlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt für Steuern, die nach der Gesetzgebung jedes der beiden Vertragstaaten unmittelbar vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen für die Vertragstaaten oder ihre Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Ungarischen Volksrepublik:

a) die allgemeine Einkommensteuer;

b) die Einkommensteuer der eine geistige Tätigkeit ausübenden Personen;

- c) die Einkommensteuer der landwirtschaftlichen Bevölkerung;
 - d) die Gewinnsteuer und betriebliche Sondersteuer;
 - e) die Gewinnsteuer der wirtschaftlichen Assoziationen mit ausländischer Beteiligung;
 - f) die Haussteuer;
 - g) die Hauswertsteuer;
 - h) die Grundsteuer;
 - i) der Beitrag zur Förderung des Wachstums der Gemeinden;
 - j) die Gebühr für die Dividenden- und Gewinnauszahlungen der Handelsgesellschaften.
2. in der Republik Österreich:
- a) die Einkommensteuer;
 - b) die Körperschaftsteuer;
 - c) die Aufsichtsratsabgabe;
 - d) die Vermögensteuer;
 - e) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;
 - f) die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer;
 - g) die Grundsteuer;
 - h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
 - i) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;
 - j) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken.
- (3) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung in einem der Vertragsstaaten neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle eingeführt wird.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche und juristische Personen;
 - b) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - c) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - 1. in der Ungarischen Volksrepublik: den Finanzminister,
 - 2. in der Republik Österreich: den Bundesminister für Finanzen.
- (2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.
- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:
- a) die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren familiären und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
 - b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so werden die Vertragstaaten gemäß Artikel 24 vorgehen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie auf Grund ihres Sitzes steuerpflichtig ist.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäfts- oder Produktionseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwei Jahre überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragstaat ansässige juristische Person eine juristische Person beherrscht oder von einer juristischen Person beherrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden juristischen Personen nicht zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an

unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Gewinnanteile aus einer Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Unternehmen anzuwenden.

Artikel 8

Schifffahrt und Luftfahrt

(1) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Binnenschiffen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn das Unternehmen im Gebiet des anderen Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit der Luftfahrt und Schifffahrt, einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einer Betriebsgemeinschaft, unabhängig davon, ob der Verkehr mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Beachte für folgende Bestimmung

vgl. die „synthetisierte“ Version des DBA Ungarn plus MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) in Anlage 1

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der juristischen Person in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende juristische Person ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in den (Anm.: Richtig: dem) anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die juristische Person an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der juristischen Person einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Fernsehfilme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich in dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall darf der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Veräußerungsgewinne

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 21 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Freie Berufe

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“, umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische, unterrichtende oder sportliche Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Steuerberater.

Artikel 15

Nichtselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- b) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat, und
- c) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes, Luftfahrzeuges oder eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeuges erzielt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer juristischen Person bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

Öffentliche Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

Artikel 19

Studenten und Lehrlinge

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artikel 20

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 21

Besteuerung des Vermögens

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeugs erzielt.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat, vorbehaltlich des Absatzes 2, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder das übrige Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in dem anderen Vertragsstaat gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die aus dem anderen Vertragsstaat bezogen werden.

Artikel 23

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen;
- b) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(6) Es wird festgestellt, daß die abweichende Besteuerung der ungarischen sozialistischen Wirtschaftseinheiten den Bestimmungen dieses Artikels nicht widerspricht.

Beachte für folgende Bestimmung

vgl. die „synthetisierte“ Version des DBA Ungarn plus MLI (BGBl. III Nr. 93/2018) in Anlage 1

Artikel 24

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragstaaten besteht.

Artikel 25

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 26

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 27

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist der Rechtsordnung eines jeden der beiden Vertragstaaten gemäß zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Budapest auszutauschen.

(2) Das Abkommen tritt 60 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 28

Wirksamkeitsbeginn

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden Anwendung auf alle Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29
Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragstaaten gekündigt worden ist.

Jeder der beiden Vertragstaaten kann das Abkommen schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen für die Steuerzeiträume nicht mehr anzuwenden, die nach dem Ende des Kalenderjahres beginnen, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 25. Februar 1975 in zweifacher Urschrift, in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2018**Ausgegeben am 11. Juni 2018****Teil III**

93. Mehrseitiges Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung
(NR: GP XXV RV 1670 AB 1732 S. 190. BR: AB 9848 S. 870.)

93.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Mehrseitiges Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung

[Übereinkommen in deutschsprachiger Übersetzung, siehe Anlagen]

[Übereinkommen in englischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Übereinkommen in französischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Vorbehalte und Notifikationen der Republik Österreich in englischer Sprache, siehe Anlagen]

[Vorbehalte und Notifikationen der Republik Österreich in deutschsprachiger Übersetzung, siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 22. September 2017 beim Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Verwahrer des Übereinkommens hinterlegt; das Mehrseitige Übereinkommen tritt gemäß seinem Art. 34 Abs. 1 mit 1. Juli 2018 in Kraft.

Das Mehrseitige Übereinkommen wurde neben Österreich von folgenden Staaten und Hoheitsgebieten ratifiziert: Isle of Man¹, Jersey¹, Polen¹ und Slowenien¹.

Kurz

¹ Vorbehalte und Notifikationen anderer Vertragsstaaten sowie Einsprüche und Einwendungen zu diesem Übereinkommen sind in englischer und französischer Sprache auf der Website der OECD unter <http://www.oecd.org/tax/treaties/beps-mli-signatories-and-parties.pdf> abrufbar.

**GENERIERTER TEXT DES MLI UND DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER
DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN,
ERTRAG UND VOM VERMÖGEN**

Allgemeine haftungsausschließende Erklärung zum generierten Textdokument

Dieses Dokument stellt den generierten Text für die Anwendung des am 25. Februar 1975 unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen (das „Abkommen“) und des von der Republik Österreich und Ungarn am 7. Juni 2017 unterzeichneten Mehrseitigen Übereinkommens zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (das „MLI“) dar.

Dieses Dokument wurde zwischen den zuständigen Behörden der Republik Österreich und Ungarn abgestimmt und spiegelt das gemeinsame Verständnis über die durch das MLI im Abkommen verursachten Veränderungen wider.

Das Dokument wurde auf der Grundlage der von der Republik Österreich am 22. September 2017 und von Ungarn am 25. März 2021 aus Anlass der Ratifikation dem Verwahrer übermittelten Vorbehalte und Notifikationen („MLI-Positionen“) erstellt. Diese MLI-Positionen sind den im MLI vorgesehenen Modifizierungen vorbehalten. Die Modifizierung der MLI-Positionen kann die Wirkung des MLI auf das Abkommen verändern.

Die authentischen Vertragstexte des Abkommens und des MLI sind vorrangig und als einzig maßgebliche Rechtsquellen anzuwenden.

Die Bestimmungen des MLI, welche in Bezug auf die Bestimmungen des Abkommens anwendbar sind, werden in diesem Dokument durchgehend in Form von eingerahmten Feldern im Zusammenhang mit den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens dargestellt. Die eingerahmten Felder, welche die Bestimmungen des MLI enthalten, wurden im Allgemeinen in Übereinstimmung mit der Reihenfolge der Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in das Abkommen eingefügt.

Der Text der Bestimmungen des MLI wurde zur Vereinheitlichung der im MLI verwendeten Begriffe mit jenen des Abkommens (zB „unter das Übereinkommen fallendes Steuerabkommen“ und „Abkommen“, „Vertragspartei dieses Übereinkommens“ und „Vertragsstaaten“) im Interesse des einfacheren Verständnisses der Bestimmungen des MLI verändert. Die Veränderungen der Begriffe dienen der leichteren Lesbarkeit des Dokuments und zielen nicht auf eine Änderung des Inhalts der Bestimmungen des MLI ab. In ähnlicher Weise wurden Teile der Bestimmungen des MLI verändert, die bestehende Bestimmungen des Abkommens umschreiben: umschreibende Wortfolgen wurden durch rechtliche Verweise auf die bestehenden Abkommensbestimmungen im Interesse der leichteren Lesbarkeit ersetzt.

In allen Fällen sind Verweise auf die Bestimmungen des Abkommens oder auf das Abkommen in dem Sinne zu verstehen, dass sie sich auf das Abkommen in der durch das MLI geänderten Fassung beziehen, vorausgesetzt, die Bestimmungen des MLI wurden wirksam.

Hinweise

Die authentischen Texte des MLI und des Abkommens sind über die Webseite des Bundesministeriums für Finanzen abrufbar (<https://www.bmf.gv.at/>).

Die MLI-Positionen der Republik Österreich wurden am 22. September 2017 aus Anlass der Ratifikation und jene Ungarns am 25. März 2021 aus Anlass der Ratifikation an den Verwahrer übermittelt und sind über die Webseite des Verwahrers des MLI (OECD) abrufbar (<http://www.oecd.org/tax/treaties/beps-ml-signatories-and-parties.pdf>).

Haftungsausschließende Erklärung zum Wirksamkeitsbeginn der MLI – Bestimmungen

Wirksamkeitsbeginn der Bestimmungen des MLI

Die Bestimmungen des MLI, die auf das Abkommen anzuwenden sind, werden nicht im selben Zeitpunkt wie die ursprünglichen Bestimmungen des Abkommens wirksam. Jede Bestimmung des MLI kann zu unterschiedlichen Zeitpunkten wirksam werden, abhängig von den betroffenen Steuerarten (im Abzugsweg erhobene Steuern oder andere Steuern) und von den Wahlmöglichkeiten, welche die Republik Österreich und Ungarn in ihren MLI-Positionen ausgeübt haben.

Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde: 22. September 2017 für die Republik Österreich und 25. März 2021 für Ungarn.

Zeitpunkt des Inkrafttretens des MLI: 1. Juli 2018 für die Republik Österreich und 1. Juli 2021 für Ungarn.

Dieses Dokument enthält durchgehend spezifische Informationen über den Zeitpunkt, an dem oder nach dem die Bestimmungen des MLI in Bezug auf das Abkommen Wirksamkeit erlangen.

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER UNGARISCHEN
VOLKSREPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE
DER STEUERN VOM EINKOMMEN, ERTRAG UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und die Ungarische Volksrepublik, **[ERSETZT durch Artikel 6 Absatz 1 des MLI]** [von dem Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen zu vermeiden,]

Der folgende Absatz 1 des Artikels 6 des MLI ersetzt den Text betreffend die Absicht zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in der Präambel dieses Abkommens:¹

**ARTIKEL 6 DES MLI - ZWECK EINES UNTER DAS ÜBEREINKOMMEN FALLENDEN
STEUERABKOMMENS**

in der Absicht, in Bezug auf die unter dieses Abkommen fallenden Steuern eine Doppelbesteuerung zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten oder -gebieten ansässigen Personen) zu schaffen,

sind übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen:

Artikel 1

Persönlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt für Steuern, die nach der Gesetzgebung jedes der beiden Vertragstaaten unmittelbar vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen für die Vertragstaaten oder ihre Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Ungarischen Volksrepublik:

- a) die allgemeine Einkommensteuer;
- b) die Einkommensteuer der eine geistige Tätigkeit ausübenden Personen;
- c) die Einkommensteuer der landwirtschaftlichen Bevölkerung;
- d) die Gewinnsteuer und betriebliche Sondersteuer;
- e) die Gewinnsteuer der wirtschaftlichen Assoziationen mit ausländischer Beteiligung;
- f) die Haussteuer;
- g) die Hauswertsteuer;
- h) die Grundsteuer;
- i) der Beitrag zur Förderung des Wachstums der Gemeinden;
- j) die Gebühr für die Dividenden- und Gewinnauszahlungen der Handelsgesellschaften.

2. in der Republik Österreich:

- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Aufsichtsratsabgabe;
- d) die Vermögensteuer;

¹ Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 6 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2022 eintritt; und
- b) bei allen anderen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2022 beginnen.

- e) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftsteuer entzogen sind;
- f) die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer;
- g) die Grundsteuer;
- h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- i) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;
- j) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken.

(3) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung in einem der Vertragsstaaten neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle eingeführt wird.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) umfaßt der Ausdruck "Person" natürliche und juristische Personen;
- b) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaates" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaates", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- c) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 1. in der Ungarischen Volksrepublik: den Finanzminister,
 2. in der Republik Österreich: den Bundesminister für Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren familiären und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so werden die Vertragsstaaten gemäß Artikel 24 vorgehen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie auf Grund ihres Sitzes steuerpflichtig ist.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebstätte" eine feste Geschäfts- oder Produktionseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebstätte" umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,

- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwei Jahre überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 - in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person eine juristische Person beherrscht oder von einer juristischen Person beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden juristischen Personen nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen,

die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Gewinnanteile aus einer Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Unternehmen anzuwenden.

Artikel 8

Schifffahrt und Luftfahrt

(1) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Binnenschiffen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn das Unternehmen im Gebiet des anderen Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit der Luftfahrt und Schifffahrt, einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einer Betriebsgemeinschaft, unabhängig davon, ob der Verkehr mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Der folgende Absatz 1 des Artikels 17 des MLI ist anzuwenden und geht den Bestimmungen dieses Abkommens vor:²

ARTIKEL 17 DES MLI – GEGENBERICHTIGUNG

Rechnet ein Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Vertragsstaats Gewinne zu, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem anderen Vertragsstaat besteuert worden ist, und besteuert diese Gewinne entsprechend und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats erzielt hätte, wenn die

² Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 17 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2022 eintritt; und
- b) bei allen anderen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2022 beginnen.

zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbart hätten, so nimmt dieser andere Vertragsstaat eine entsprechende Berichtigung der Höhe der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei der Ermittlung dieser Berichtigung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen und erforderlichenfalls konsultieren die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der juristischen Person in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende juristische Person ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in den (Anm.: Richtig: dem) anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die juristische Person an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der juristischen Person einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Fernsehfilme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall darf der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Veräußerungsgewinne

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 21 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Freie Berufe

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische, unterrichtende oder sportliche Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Steuerberater.

Artikel 15

Nichtselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

- b) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat, und
- c) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes, Luftfahrzeuges oder eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeuges erzielt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer juristischen Person bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

Öffentliche Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

Artikel 19

Studenten und Lehrlinge

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artikel 20

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 21

Besteuerung des Vermögens

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeuges erzielt.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat, vorbehaltlich des Absatzes 2, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder das übrige Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

(2) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in dem anderen Vertragstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in dem anderen Vertragstaat gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die aus dem anderen Vertragstaat bezogen werden.

Artikel 23

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck "Staatsangehörige" bedeutet:

- a) alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragstaates besitzen;
- b) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(4) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck "Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(6) Es wird festgestellt, daß die abweichende Besteuerung der ungarischen sozialistischen Wirtschaftseinheiten den Bestimmungen dieses Artikels nicht widerspricht.

Artikel 24

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

Der folgende zweite Satz des Absatzes 1 des Artikels 16 des MLI ist anzuwenden und geht den Bestimmungen dieses Abkommens vor.³

ARTIKEL 16 DES MLI – VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme vorgelegt werden, die zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

Der folgende zweite Satz des Absatzes 2 des Artikels 16 des MLI ist auf dieses Abkommen anzuwenden.⁴

ARTIKEL 16 DES MLI – VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

Jede erzielte Verständigungsregelung ist ungeachtet jeglicher im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten vorgesehener Fristen umzusetzen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungs-austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs-austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

³ Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist der zweite Satz des Absatzes 1 des Artikels 16 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2022 eintritt; und
- b) bei allen anderen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2022 beginnen.

⁴ Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist der zweite Satz des Absatzes 2 des Artikels 16 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2022 eintritt; und
- b) bei allen anderen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2022 beginnen.

Der folgende Teil VI des MLI ist auf dieses Abkommen anzuwenden:⁵

TEIL VI DES MLI (SCHIEDSVERFAHREN)

Absätze 1 bis 10 und 12 des Artikels 19 (Obligatorisches verbindliches Schiedsverfahren) des MLI

(1) Wenn

a) eine Person aufgrund Artikel 24 Absatz 1 dieses Abkommens der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats einen Fall vorgelegt hat, weil die Maßnahmen eines oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung geführt haben, und

b) die zuständigen Behörden nicht innerhalb von drei Jahren ab dem in Artikel 19 Absatz 8 oder, je nach Sachlage, Absatz 9 des MLI genannten Fristbeginn (es sei denn, die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben vor Ablauf dieser Frist eine andere Frist für diesen Fall vereinbart und die Person, die den Fall vorgelegt hat, darüber unterrichtet) eine Verständigungsregelung zur Regelung des Falles nach Artikel 24 Absatz 2 dieses Abkommens erzielen können,

werden auf schriftlichen Antrag der Person noch offene Fragen des Falles auf die in diesem Teil beschriebene Weise und im Einklang mit den von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nach Artikel 19 Absatz 10 des MLI vereinbarten Vorschriften oder Verfahren einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) Hat eine zuständige Behörde das in Artikel 19 Absatz 1 des MLI erwähnte Verständigungsverfahren ausgesetzt, da bei einem Gericht ein Fall betreffend eine oder mehrere gleiche Fragen anhängig ist, so ist der Lauf der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist gehemmt, bis entweder eine abschließende Gerichtsentscheidung ergangen ist oder der Fall eingestellt oder zurückgezogen wurde. Auch wenn eine Person, die einen Fall vorgelegt hat, und eine zuständige Behörde eine Aussetzung des Verständigungsverfahrens vereinbart haben, ist der Lauf der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist gehemmt, bis die Aussetzung aufgehoben wurde.

(3) Kommen beide zuständigen Behörden überein, dass eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person es versäumt hat, zusätzliche wesentliche Informationen, die nach Beginn der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehenen Frist von einer der beiden zuständigen Behörden angefordert wurden, rechtzeitig bereitzustellen, so wird die in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b des MLI vorgesehene Frist um eine Dauer verlängert, die dem Zeitraum entspricht, der an dem Tag beginnt, bis zu dem die Informationen angefordert waren, und an dem Tag endet, an dem sie bereitgestellt wurden.

(4) a) Der Schiedsspruch über die einem Schiedsverfahren unterworfenen Fragen wird durch die Verständigungsregelung in Bezug auf den in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannten Fall umgesetzt. Der Schiedsspruch ist endgültig.

b) Der Schiedsspruch ist für beide Vertragsstaaten verbindlich, es sei denn,

i) eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person erkennt die Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, nicht an. In diesem Fall kommt der Fall für eine weitere Prüfung durch die zuständigen Behörden nicht in Betracht. Die Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch über den Fall umgesetzt wird, gilt als von einer unmittelbar von dem Fall betroffenen Person nicht anerkannt, sofern nicht eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person innerhalb von 60 Tagen nach Übermittlung der Mitteilung über die Verständigungsregelung an die Person alle in der Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, geklärten Fragen von der Prüfung durch ein Gericht zurückzieht oder alle gegebenenfalls anhängigen Gerichtsverfahren und außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren in Bezug auf diese Fragen in einer mit dieser Verständigungsregelung übereinstimmenden Weise beendet;

ii) der Schiedsspruch wird in einer abschließenden Entscheidung der Gerichte eines der Vertragsstaaten für ungültig erklärt. In diesem Fall gilt der Schiedsantrag nach Artikel 19 Absatz 1 des MLI als nicht gestellt und das Schiedsverfahren als nicht durchgeführt (außer für die Zwecke der Artikel 21 (Vertraulichkeit von Schiedsverfahren) und 25 (Kosten von Schiedsverfahren) des MLI. In diesem Fall kann ein neuer Schiedsantrag gestellt werden, sofern die zuständigen Behörden nicht übereinkommen, dass ein solcher neuer Antrag nicht zulässig sein soll;

⁵ Gemäß Artikel 36 Absatz 1 des MLI gilt Teil VI (Schiedsverfahren) des MLI in Bezug auf dieses Abkommen nur für einen Fall, welcher der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats am oder nach dem 1. Juli 2021 vorgelegt wird. Gemäß Artikel 36 Absatz 2 des MLI gilt Teil VI (Schiedsverfahren) des MLI nur insoweit für einen Fall, welcher der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats vor dem 1. Juli 2021 vorgelegt wird, als die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten übereinkommen, dass er für diesen bestimmten Fall gilt.

iii) eine unmittelbar von dem Fall betroffene Person strengt ein Gerichtsverfahren zu den in der Verständigungsregelung, durch die der Schiedsspruch umgesetzt wird, geklärten Fragen an.

(5) Die zuständige Behörde, bei welcher der ursprüngliche Antrag auf ein Verständigungsverfahren nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des MLI eingegangen ist, übermittelt innerhalb von zwei Kalendermonaten nach Eingang des Antrags

- a) eine Mitteilung über den Eingang des Antrags an die Person, die den Fall vorgelegt hat, sowie
- b) eine Mitteilung über diesen Antrag mit einer Abschrift desselben an die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats.

(6) Innerhalb von drei Kalendermonaten, nachdem eine zuständige Behörde den Antrag auf ein Verständigungsverfahren (oder eine Abschrift desselben von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats) erhalten hat, wird sie

- a) entweder der Person, die den Fall vorgelegt hat, und der anderen zuständigen Behörde mitteilen, dass sie die für eine sachliche Prüfung des Falles erforderlichen Informationen erhalten hat, oder
- b) zu diesem Zweck von dieser Person zusätzliche Informationen anfordern.

(7) Haben nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI eine oder beide zuständigen Behörden von der Person, die den Fall vorgelegt hat, zusätzliche Informationen angefordert, die für eine sachliche Prüfung des Falles erforderlich sind, so teilt die zuständige Behörde, welche die zusätzlichen Informationen angefordert hat, dieser Person und der anderen zuständigen Behörde innerhalb von drei Kalendermonaten nach Erhalt der zusätzlichen Informationen von dieser Person entweder mit,

- a) dass sie die angeforderten Informationen erhalten hat
- b) oder dass einige der angeforderten Informationen noch fehlen.

(8) Hat keine der beiden zuständigen Behörden nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI zusätzliche Informationen angefordert, so ist der in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannte Fristbeginn der frühere der beiden folgenden Tage:

- a) der Tag, an dem beide zuständigen Behörden der Person, die den Fall vorgelegt hat, eine Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe a des MLI übermittelt haben, oder
- b) der Tag, der drei Kalendermonate nach der Mitteilung an die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats nach Artikel 19 Absatz 5 Buchstabe b des MLI liegt.

(9) Wurden nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI zusätzliche Informationen angefordert, so ist der in Artikel 19 Absatz 1 des MLI genannte Fristbeginn der frühere der beiden folgenden Tage:

- a) der letzte Tag, an dem die zuständigen Behörden, die zusätzliche Informationen angefordert haben, der Person, die den Fall vorgelegt hat, und der anderen zuständigen Behörde eine Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 7 Buchstabe a des MLI übermittelt haben, oder
- b) der Tag, der drei Kalendermonate nach dem Zeitpunkt liegt, zu dem beide zuständigen Behörden von der Person, die den Fall vorgelegt hat, alle von einer der beiden zuständigen Behörden angeforderten Informationen erhalten haben.

Übermitteln jedoch eine oder beide zuständigen Behörden die Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 7 Buchstabe b des MLI, so gilt diese als Anforderung zusätzlicher Informationen nach Artikel 19 Absatz 6 Buchstabe b des MLI.

(10) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln durch Verständigung nach Artikel 24 dieses Abkommens, wie dieser Teil anzuwenden ist und welche Informationen jede zuständige Behörde für eine sachliche Prüfung des Falles mindestens benötigt. Diese Verständigungsregelung ist vor dem Tag zu treffen, an dem noch offene Fragen im Rahmen eines Falles erstmals in Betracht kommen, einem Schiedsverfahren unterworfen zu werden, und kann danach erforderlichenfalls geändert werden.

(12) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Artikels des MLI

a) darf eine noch offene Frage die sich aus einem Fall ergibt, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist und der anderenfalls in den Anwendungsbereich des in diesem Abkommen vorgesehenen Schiedsverfahrens fallen würde, nicht einem Schiedsverfahren unterworfen werden, wenn in einem der beiden Vertragsstaaten bereits eine Gerichtsentscheidung zu dieser Frage ergangen ist;

b) endet das Schiedsverfahren, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt nach Stellung eines Schiedsantrags und vor Übermittlung des Schiedsspruchs an die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch die Schiedsstelle in einem der Vertragsstaaten eine Gerichtsentscheidung zu der Frage ergeht.

Artikel 20 (Bestellung der Schiedsrichter) des MLI

(1) Soweit sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht auf andere Vorschriften verständigen, gelten für die Zwecke dieses Teiles die Absätze 2 bis 4 des Artikels 20 des MLI.

(2) Für die Bestellung der Mitglieder einer Schiedsstelle gelten folgende Vorschriften:

a) Die Schiedsstelle besteht aus drei Einzelmitgliedern mit Fachkenntnis oder Erfahrung auf dem Gebiet internationaler Steuersachen.

b) Jede zuständige Behörde bestellt innerhalb von 60 Tagen nach dem Tag des aufgrund des Artikels 19 Absatz 1 des MLI gestellten Schiedsantrags ein Mitglied der Schiedsstelle. Die beiden auf diese Weise bestellten Mitglieder der Schiedsstelle bestellen innerhalb von 60 Tagen nach der letzten dieser beiden Bestellungen ein drittes Mitglied, das den Vorsitz der Schiedsstelle ausübt. Der Vorsitzende darf nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten oder in einem der beiden Vertragsstaaten ansässig sein.

c) Jedes bestellte Mitglied der Schiedsstelle muss zum Zeitpunkt der Annahme einer Bestellung unparteilich und von den zuständigen Behörden, Steuerverwaltungen und Finanzministerien der Vertragsstaaten sowie allen unmittelbar von dem Fall betroffenen Personen (und deren Beratern) unabhängig sein, während des gesamten Verfahrens seine Unparteilichkeit und Unabhängigkeit wahren und während eines angemessenen Zeitraums danach jedes Verhalten vermeiden, das Anlass zu Zweifeln an der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Schiedsrichter in Bezug auf das Verfahren geben kann.

(3) Versäumt es die zuständige Behörde eines Vertragsstaats, in der Weise und innerhalb der Frist, die in Artikel 20 Absatz 2 des MLI genannt oder zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart sind, ein Mitglied der Schiedsstelle zu bestellen, so wird durch den ranghöchsten Funktionsträger des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist, im Namen dieser zuständigen Behörde ein Mitglied bestellt.

(4) Versäumen es die beiden ersten Mitglieder der Schiedsstelle, in der Weise und innerhalb der Frist, die in Artikel 20 Absatz 2 des MLI genannt oder zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart sind, den Vorsitzenden zu bestellen, so wird der Vorsitzende durch den ranghöchsten Funktionsträger des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bestellt, der nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

Artikel 21 (Vertraulichkeit von Schiedsverfahren) des MLI

(1) Mitglieder der Schiedsstelle und höchstens drei Mitarbeiter je Mitglied (sowie vorgesehene Schiedsrichter, jedoch nur, soweit dies für die Überprüfung ihrer Fähigkeit zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Schiedsrichter erforderlich ist) gelten ausschließlich für die Anwendung dieses Teiles und dieses Abkommens sowie der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten in Bezug auf Informationsaustausch, Vertraulichkeit und Amtshilfe als Personen oder Behörden, an die Informationen weitergegeben werden dürfen. Informationen, welche die Schiedsstelle oder vorgesehene Schiedsrichter erhalten, sowie Informationen, welche die zuständigen Behörden von der Schiedsstelle erhalten, gelten als nach den Bestimmungen dieses Abkommens in Bezug auf Informationsaustausch und Amtshilfe ausgetauschte Informationen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten stellen sicher, dass Mitglieder der Schiedsstelle und ihre Mitarbeiter sich vor ihrem Tätigwerden im Rahmen eines Schiedsverfahrens schriftlich verpflichten, Informationen zum Schiedsverfahren im Einklang mit den in den Bestimmungen dieses Abkommens in Bezug auf Informationsaustausch und Amtshilfe beschriebenen und den im anwendbaren Recht der Vertragsstaaten vorgesehenen Vertraulichkeits- und Geheimhaltungspflichten zu behandeln.

Artikel 22 (Regelung eines Falles vor Abschluss des Schiedsverfahrens) des MLI

Für die Zwecke dieses Teiles und der Bestimmungen dieses Abkommens zur Regelung von Fällen durch Verständigung enden das Verständigungsverfahren und das Schiedsverfahren in Bezug auf einen Fall, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt nach Stellung eines Schiedsantrags und vor Übermittlung des Schiedsspruchs an die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch die Schiedsstelle

a) die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten den Fall durch Verständigung regeln oder

b) die Person, die den Fall vorgelegt hat, den Schiedsantrag oder den Antrag auf ein Verständigungsverfahren zurückzieht.

Absatz 2 des Artikels 23 (Art des Schiedsverfahrens) des MLI

(Option 2 – unabhängige Entscheidung)

(2) Soweit sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nicht auf andere Vorschriften verständigen, gelten bei einem Schiedsverfahren nach diesem Teil folgende Vorschriften:

a) Nachdem ein Fall einem Schiedsverfahren unterworfen wurde, stellt die zuständige Behörde jedes Vertragsstaats allen Mitgliedern der Schiedsstelle unverzüglich die für den Schiedsspruch gegebenenfalls erforderlichen Informationen zur Verfügung. Sofern die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, werden Informationen, die den beiden zuständigen Behörden vor Eingang des Schiedsantrags bei ihnen nicht zur Verfügung standen, bei der Entscheidung nicht berücksichtigt.

b) Die Schiedsstelle entscheidet über die dem Schiedsverfahren unterworfenen Fragen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens und vorbehaltlich dieser Bestimmungen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten. Die Mitglieder der Schiedsstelle berücksichtigen außerdem alle anderen gegebenenfalls von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch Verständigung ausdrücklich benannten Quellen.

c) Der Schiedsspruch wird den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten schriftlich übermittelt und enthält Angaben zu den zugrunde gelegten Rechtsquellen sowie zu der Argumentation, die zu dem Ergebnis geführt hat. Der Schiedsspruch wird mit einfacher Mehrheit der Mitglieder der Schiedsstelle erlassen. Der Schiedsspruch hat keine Präcedenzwirkung.

Absatz 2 des Artikels 24 (Verständigung auf eine andere Regelung) des MLI

(2) Ungeachtet des Artikels 19 Absatz 4 des MLI ist ein nach diesem Teil ergangener Schiedsspruch für die Vertragsstaaten nicht verbindlich und wird nicht umgesetzt, wenn sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten innerhalb von drei Kalendermonaten, nachdem ihnen der Schiedsspruch übermittelt wurde, auf eine andere Regelung aller noch offenen Fragen verständigen.

Artikel 25 (Kosten von Schiedsverfahren) des MLI

In einem Schiedsverfahren nach diesem Teil werden die Vergütungen und Aufwendungen der Mitglieder der Schiedsstelle sowie sämtliche den Vertragsstaaten im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren entstandenen Kosten von den Vertragsstaaten in einer zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten durch Verständigung zu regelnden Weise getragen. In Ermangelung einer entsprechenden Verständigungsregelung trägt jeder Vertragsstaat seine eigenen Aufwendungen und die seines bestellten Mitglieds der Schiedsstelle. Die Kosten des Vorsitzenden der Schiedsstelle und sonstige mit der Durchführung des Schiedsverfahrens verbundene Aufwendungen tragen die Vertragsstaaten zu gleichen Teilen.

Absätze 2 und 3 des Artikels 26 (Vereinbarkeit) des MLI

(2) Jede noch offene Frage, die sich aus einem Fall ergibt, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist und der anderenfalls in den Anwendungsbereich des in diesem Teil vorgesehenen Schiedsverfahrens fallen würde, wird nicht einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn die Frage im Rahmen eines Falles zu betrachten ist, für den in Übereinstimmung mit einer zwei- oder mehrseitigen Übereinkunft, die für noch offene Fragen, die sich aus einem Fall ergeben, der Gegenstand eines Verständigungsverfahrens ist, ein obligatorisches verbindliches Schiedsverfahren vorsieht, bereits eine Schiedsstelle oder ein ähnliches Gremium eingerichtet wurde.

(3) Dieser Teil berührt nicht die Erfüllung weiter reichender Verpflichtungen, die sich in Bezug auf das Schiedsverfahren für noch offene Fragen im Rahmen eines Verständigungsverfahrens aus anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten als Vertragsparteien angehören oder angehören werden, ergeben können.

Absatz 2 Buchstabe a des Artikels 28 (Vorbehalte) des MLI

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe a des MLI bringt die Republik Österreich den nachstehenden Vorbehalt in Bezug auf die Art der Fälle an, die nach Teil VI einem Schiedsverfahren unterworfen werden können.

Die Republik Österreich behält sich vor, Fälle, die die Anwendung ihrer in der Bundesabgabenordnung enthaltenen innerstaatlichen allgemeinen Missbrauchsregeln, insbesondere die §§ 21 und 22, zur Folge haben, vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen. Dies gilt auch für alle nachträglichen Bestimmungen, mit denen diese Missbrauchsregeln ersetzt, abgeändert oder aktualisiert werden. Die Republik Österreich notifiziert dem Verwahrer alle derartigen nachträglichen Bestimmungen.

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe a des MLI bringt Ungarn den nachstehenden Vorbehalt in Bezug auf die Art der Fälle an, die nach Teil VI einem Schiedsverfahren unterworfen werden können.

1. Ungarn behält sich vor, Fälle vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen, die in den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (90/436/EWG) in der geltenden Fassung oder einer anderen nachträglichen Regelung, mit der diese Bestimmungen ersetzt, abgeändert oder aktualisiert werden, fallen.
2. Ungarn behält sich vor, Fälle vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen, die in den Geltungsbereich der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union oder einer anderen nachträglichen Regelung, mit der diese Bestimmungen ersetzt, abgeändert oder aktualisiert werden, fallen.
3. Ungarn behält sich vor, einzelfallbezogen Fälle vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen, in denen in Bezug auf geänderte Einkünfte oder auf geändertes Vermögen Strafen für Steuerbetrug, vorsätzliche Unterlassung oder grobe Fahrlässigkeit gemäß den in Abschnitt 41/J. Absatz (12) des Gesetzes XXXVII aus 2013 betreffend bestimmte Regelungen über die internationale Verwaltungszusammenarbeit in Bezug auf Steuern und andere öffentliche Abgaben enthaltenen innerstaatlichen ungarischen Rechtsvorschriften verhängt worden sind. Von diesem Vorbehalt sind auch alle nachträglichen Bestimmungen, mit denen diese Bestimmungen ersetzt, abgeändert oder aktualisiert werden, erfasst. Ungarn notifiziert dem Verwahrer alle derartigen nachträglichen Bestimmungen.
4. Ungarn behält sich vor, Fälle vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen, hinsichtlich derer zwischen den zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten Einvernehmen darüber besteht, dass sie für ein Schiedsverfahren nicht geeignet sind. Dieses Einvernehmen wird vor Einleitung des Schiedsverfahrens hergestellt und der Person, welche den Fall unterbreitet hat, mitgeteilt.
5. Ungarn behält sich vor, Fälle vom Anwendungsbereich des Teiles VI auszunehmen, die sich auf Besteuerungsstreitigkeiten betreffend Einkünfte oder Vermögen beziehen, welche in einem Steuerjahr, das vor dem 1. Jänner 2018 beginnt, erzielt worden sind.

Artikel 25

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 26

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

*Der folgende Absatz 1 des Artikels 7 des MLI ist anzuwenden und geht den Bestimmungen dieses Abkommens vor:*⁶

ARTIKEL 7 DES MLI – VERHINDERUNG VON ABKOMMENSMISSBRAUCH
(Principal Purposes Test)

Ungeachtet der Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach diesem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte oder Vermögenswerte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang steht.

Artikel 27

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist der Rechtsordnung eines jeden der beiden Vertragsstaaten gemäß zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Budapest auszutauschen.

(2) Das Abkommen tritt 60 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 28

Wirksamkeitsbeginn

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden Anwendung auf alle Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt worden ist.

Jeder der beiden Vertragsstaaten kann das Abkommen schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen für die Steuerzeiträume nicht mehr anzuwenden, die nach dem Ende des Kalenderjahres beginnen, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 25. Februar 1975 in zweifacher Urschrift, in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Androsch e.h.

Für die Ungarische Volksrepublik:

Faluvégi e. h.

⁶ Gemäß den Absätzen 1 und 3 des Artikels 35 des MLI ist Artikel 7 Absatz 1 des MLI in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens wirksam:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf Beträge, die nicht ansässigen Personen gezahlt oder gutgeschrieben werden, wenn das Ereignis, das zu diesen Steuern führt, am oder nach dem 1. Jänner 2022 eintritt; und
- b) bei allen anderen Steuern für Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner 2022 beginnen.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1976

Ausgegeben am 6. Feber 1976

14. Stück

- 51.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Nachlaß- und Erbschaftsteuern
(NR: GP XIII RV 1534 AB 1666 S. 150. BR: AB 1408 S. 344.)
- 52.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen
(NR: GP XIII RV 1535 AB 1667 S. 150. BR: AB 1409 S. 344.)
- ~~**53.** Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 1976 und 1977~~

51.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER NACHLASS- UND ERBSCHAFTSTEUERN

Die Republik Österreich und die Ungarische Volksrepublik, von dem Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Nachlaß- und Erbschaftsteuern zu vermeiden, sind übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Nachlässe

Dieses Abkommen gilt für Nachlässe von Erblassern, die im Zeitpunkt ihres Todes einen Wohnsitz in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten hatten.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Nachlaß- und Erbschaftsteuern, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

EGYEZMÉNY

AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG ÉS A MAGYAR NÉPKÖZTÁRSASÁG KÖZÖTT A KETTŐS ADOZTATÁS ELKERÜLÉSÉRE A HAGYATÉKI ÉS AZ ÖRÖKLÉSI ADÓK TERÜLETÉN

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság attól az óhajtól vezetve, hogy a hagyatéki és az öröklési adók területén elkerüljék a kettős adóztatást, a következő Egyezmény megkötésében állapodtak meg:

1. Cikk

Az Egyezmény alá eső hagyatékok

A jelen Egyezmény olyan örökgyógó hagyatékára terjed ki, akinek elhalálása időpontjában az egyik Szerződő Államban vagy mindkét Szerződő Államban lakóhelye volt.

2. Cikk

Az Egyezmény alá eső adók

(1) A jelen Egyezmény, a beszédés módjára való tekintet nélkül, azokra a hagyatéki és öröklési adókra terjed ki, amelyeket a két Szerződő Állam egyike vagy annak területi közttestületei részére szednek be.

(2) Als Nachlaß- und Erbschaftsteuern gelten alle Steuern (Gebühren), die von Todes wegen als Nachlaßsteuern (-gebühren), Erbanfallsteuern (-gebühren), Abgaben (Gebühren) vom Vermögensübergang oder Steuern (Gebühren) von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden.

(3) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, sind:

- a) in der Ungarischen Volksrepublik: die Erbschaftsgebühr,
- b) in der Republik Österreich: die Erbschaftsteuer, soweit ihr Erwerb von Todes wegen oder Zweckzuwendungen von Todes wegen unterliegen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Nachlaß- und Erbschaftsteuern, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

1. in der Ungarischen Volksrepublik: den Finanzminister,
2. in der Republik Österreich: den Bundesminister für Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Ob ein Erblasser im Zeitpunkt seines Todes einen Wohnsitz in einem Vertragstaat hatte, bestimmt sich bei Anwendung dieses Abkommens nach dem Recht dieses Staates.

(2) Hatte nach Absatz 1 ein Erblasser in beiden Vertragstaaten einen Wohnsitz, so gilt folgendes:

- a) Der Wohnsitz des Erblassers gilt als in dem Vertragstaat gelegen, in dem er über eine ständige Wohnstätte verfügte. Verfügte er in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sein Wohnsitz als in dem Vertragstaat gelegen, zu dem er die engeren familiären und wirtschaftlichen Beziehungen hatte (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

(2) Hagyatéki és öröklési adónak tekintendő az olyan adó (illeték), amelyet halál esetére szólan mint hagyatéki adót (illetéket), öröklési adót (illetéket), vagyonszállási adót (illetéket), vagy halál esetére szóló ajándékozási adót (illetéket) szednek be.

(3) Az ezidőszerint létező adók, amelyekre az Egyezmény kiterjed, a következők:

- a) a Magyar Népköztársaságban: az öröklési illeték,
- b) az Osztrák Köztársaságban: az öröklési adó, amennyiben az halál esetére szóló szerzésre vagy halál esetére szóló, meghatározott célú felhasználásra vonatkozik.

(4) Az Egyezmény alkalmazandó mindazokra a hagyatéki és öröklési adókra is, amelyeket a jövőben a jelenleg már meglévő adók mellett vagy azok helyett be fognak szedni.

3. Cikk

Általános meghatározások

(1) A jelen Egyezmény értelmében az „illetékes hatóság” kifejezés

1. a Magyar Népköztársaságban: a pénzügyminisztert,
2. az Osztrák Köztársaságban: a szövetségi pénzügyminisztert jelenti.

(2) Az Egyezménynek az egyik Szerződő Állam által történő alkalmazásánál, ha a szövegösszefüggés mást nem kíván, bármely, másképpen meg nem határozott kifejezésnek olyan értelme van, mint amilyent arra nézve ennek az államnak a jelen Egyezmény tárgyát képező adókra vonatkozó joga megállapít.

4. Cikk

Lakóhely az adó szempontjából

(1) A jelen Egyezmény alkalmazásánál azt, hogy az örökhagyónak elhalálása időpontjában volt-e lakóhelye az egyik Szerződő Államban, ennek az államnak a joga szerint kell meghatározni.

(2) Amennyiben az örökhagyónak az 1. bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban volt lakóhelye, úgy a következők érvényesek:

- a) Az örökhagyó lakóhelye abban a Szerződő Államban volt, amelyben állandó lakóhellyel rendelkezett. Ha mindkét Szerződő Államban rendelkezett állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő Államban volt lakóhelye, amelyhez szorosabb családi és gazdasági kapcsolatok fűzték (a létérdekek központja).

- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat der Erblasser den Mittelpunkt der Lebensinteressen hatte, oder verfügte er in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sein Wohnsitz als in dem Vertragstaat gelegen, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte.
- c) Hatte der Erblasser seinen gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sein Wohnsitz als in dem Vertragstaat gelegen, dessen Staatsangehörigkeit er besaß.
- d) Besaß der Erblasser die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so werden die Vertragstaaten gemäß Artikel 11 vorgehen.
- b) Amennyiben nem határozható meg, hogy az örökgyó léterdekeinek központja melyik Szerzódő Államban volt, vagy a Szerzódő Államok egyikében sem rendelkezett állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerzódő Államban volt a lakóhelye, amelyikben szokásos tartózkodási helye volt.
- c) Abban az esetben, ha az örökgyónak mindkét Szerzódő Államban vagy a Szerzódő Államok egyikében sem volt szokásos tartózkodási helye, úgy abban a Szerzódő Államban volt lakóhelye, amelynek állampolgárságával rendelkezett.
- d) Ha az örökgyó mindkét Szerzódő Államnak vagy egyik Szerzódő Államnak sem volt állampolgára, úgy a Szerzódő Államok a 11. cikk szerint járnak el.

Artikel 5

Unbewegliches Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen darf in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für unbewegliches Vermögen eines Unternehmens und für unbewegliches Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit ähnlicher Art dient.

Artikel 6

Vermögen einer Betriebstätte und Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung

(1) Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt — ausgenommen das nach den Artikeln 5 und 7 zu behandelnde Vermögen —, darf in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte befindet.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ bedeutet eine feste Geschäfts- oder Produktionseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

5. Cikk

Ingatlanvagyon

(1) Az ingatlanvagyon abban a Szerzódő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az „ingatlanvagyon” kifejezést annak a Szerzódő Államnak a joga szerint kell meghatározni, amelyben a vagyon fekszik. A kifejezés minden esetben magában foglalja az ingatlanvagyon tartozékát, a mező- és erdőgazdasági üzemek élő és holt felszerelését, azokat a jogokat, amelyekre a földterületekre vonatkozó magánjogi előírások nyernek alkalmazást, az ingatlanvagyon használati jogát, valamint az ásványlelőhelyeknek, forrásoknak és a föld más kincseinek kiaknázásáért vagy kiaknázásának jogáért járó változó vagy állandó térítésekre vonatkozó jogokat; hajók és légitjárművek nem tekintendők ingatlanvagyonnak.

(3) Az 1. és 2. bekezdés a vállalkozás ingatlanvagyonára és a szabadfoglalkozás vagy más hasonló jellegű önálló tevékenység gyakorlására szolgáló ingatlanvagyonra is érvényes.

6. Cikk

Telephely vagyona és szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló állandó berendezés vagyona

(1) Az olyan vagyon, amely egy vállalkozás telephelyének üzemi vagyonát képezi — kivéve az 5. és 7. cikk szerint kezelendő vagyont — abban a Szerzódő Államban adóztatható, amelyben a telephely van.

(2) A „telephely” kifejezés állandó üzleti illetőleg termelőberendezést jelent, amelyben a vállalkozás tevékenységét egészben vagy részben kifejti.

(3) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwei Jahre überschreitet.

(4) Als Betriebstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(5) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(6) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(3) A „telephely” kifejezés magában foglalja különösen:

- a) a vezetés helyét,
- b) a fiókot,
- c) a kirendeltséget,
- d) a gyártelepet,
- e) a műhelyt,
- f) a bányát, a kőfejtőt vagy a föld kincseinek kiaknázására szolgáló más telepet,
- g) az olyan építési kivitelezést vagy szerelést, amelynek időtartama két évet meghalad.

(4) Nem tekintendők telephelynek:

- a) azok a berendezések, amelyeket kizárólag a vállalkozás javainak vagy áruinak raktározására, kiállítására vagy kiszolgáltatására használnak;
- b) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag raktározás, kiállítás vagy kiszolgáltatás céljából tartanak;
- c) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag abból a célból tartanak, hogy azokat egy másik vállalkozás megmunkálja vagy feldolgozza;
- d) az állandó üzleti berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozás részére javakat vagy árukat vásároljanak vagy információkat szerezzenek;
- e) az állandó üzleti berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozást reklámozzák, információkat adjanak, tudományos kutatást végezzenek vagy hasonló tevékenységet folytassanak, amely előkészítő vagy kisegítő jellegű.

(5) Amennyiben egy személy — kivéve a 6. bekezdés értelmében a független képviselőt — az egyik Szerződő Államban a másik Szerződő Állam vállalkozása érdekében tevékenykedik, úgy az előbb említett államban akkor adott a telephely, ha a személynek meghatalmazása van a vállalkozás nevében szerződéseket kötni és meghatalmazásával ebben az államban rendszerezni, kivéve, ha tevékenysége javaknak vagy áruknak a vállalkozás részére való vételére korlátozódik.

(6) Az egyik Szerződő Állam vállalkozását nem lehet úgy tekinteni, mintha annak a másik Szerződő Államban telephelye volna, csupán azért mert tevékenységét ott alkusz, bizományos vagy más független képviselő útján fejt ki, amennyiben ezek a személyek rendes üzleti tevékenységük keretében járnak el.

(7) Vermögen, das zu einer der Ausübung eines freien Berufes oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit ähnlicher Art dienenden festen Einrichtung gehört — ausgenommen das nach Artikel 5 zu behandelnde Vermögen —, darf in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die feste Einrichtung befindet.

Artikel 7

Schiffe und Luftfahrzeuge

Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes seinen Wohnsitz hatte.

Artikel 8

Nicht ausdrücklich erwähntes Vermögen

Das nicht nach den Artikeln 5, 6 und 7 zu behandelnde Vermögen darf nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes seinen Wohnsitz hatte.

Artikel 9

Schuldenabzug

(1) Schulden, die durch das in Artikel 5 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 5 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer Betriebsstätte eines Unternehmens oder mit einer Ausübung eines freien Berufes oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit ähnlicher Art dienenden festen Einrichtung zusammenhängen, und Schulden, die mit einem Betrieb der Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt oder Luftfahrt zusammenhängen, vom Wert des in Artikel 6 bzw. des in Artikel 7 genannten Vermögens abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 8 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragstaat nach den Absätzen 1, 2 und 3 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden darf, abgezogen.

(5) Verbleibt nach den Abzügen, die auf Grund der vorstehenden Absätze vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragstaat besteuert werden darf, abgezogen.

(7) Az a vagyon, amely szabad foglalkozás vagy más hasonló jellegű önálló tevékenység gyakorlását szolgáló állandó berendezéshez tartozik — kivéve az 5. cikk szerint kezelendő vagyont — abban a Szerződő Államban adóztható, amelyben az állandó berendezés van.

7. Cikk

Hajók és légi járművek

A nemzetközi forgalomban üzemeltetett hajók és légi járművek, valamint az az ingó vagyon, amely ezen hajók és légi járművek üzemeltetésére szolgál, abban a Szerződő Államban adóztható, amelyben az örökgyónak az elhalálozás időpontjában lakóhelye volt.

8. Cikk

Kifejezetten nem említett vagyon

Az a vagyon, amelyet nem az 5., 6. és 7. cikkek szerint kell kezelni, csak abban a Szerződő Államban adóztható, amelyben az örökgyónak az elhalálozás időpontjában lakóhelye volt.

9. Cikk

Adósságlevonás

(1) Azt az adósságot, amelyet az 5. cikkben említett vagyon külön biztosít, ennek a vagyonnak az értékéből kell levonni. Az olyan adósságot, amely bár nincs az 5. cikkben említett vagyonnal külön biztosítva, amely azonban az ilyen vagyon megszerzéséhez, változásához, helyreállításához vagy fenntartásához kapcsolódott, ennek a vagyonnak az értékéből kell levonni.

(2) Az (1) bekezdés fenntartásával, azt az adósságot, amely a vállalkozás telephelyével vagy szabad foglalkozás vagy más hasonló jellegű önálló tevékenység kifejtését szolgáló állandó berendezéssel kapcsolatban van és az olyan adósságot, amely a tengerhajózás, a belvízi hajózás vagy légiforgalom üzemével van kapcsolatban, a 6., illetőleg a 7. cikkben említett vagyon értékéből kell levonni.

(3) A többi adósságot annak a vagyonnak az értékéből kell levonni, amelyre a 8. cikk vonatkozik.

(4) Amennyiben az adósság meghaladja annak a vagyonnak az értékét, amelyből azt az egyik Szerződő Államban az (1), (2) és (3) bekezdés szerint le kell vonni, úgy a meghaladó összeget az ebben az államban megadóztatható többi vagyon értékéből kell levonni.

(5) Amennyiben az előző bekezdések alapján végrehajtandó levonások után még adósság marad fenn, úgy azt a másik Szerződő Államban megadóztatható vagyon értékéből kell levonni.

Artikel 10**Vermeidung der Doppelbesteuerung**

Der Vertragsstaat, in dem der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes seinen Wohnsitz hatte, nimmt das Vermögen, das nach diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden darf, von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das Vermögen, für das er das Besteuerungsrecht behält, den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wäre.

Artikel 11**Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde eines der beiden Staaten unterbreiten.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 12**Austausch von Informationen**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den

10. Cikk**Kettős adóztatás elkerülése**

Az a Szerződő Állam, amelyben az örökgyónak az elhalálozás időpontjában lakóhelye volt, a jelen Egyezmény szerint a másik Szerződő Államban megadóztatható vagyont kivézi az adóztatás alól; ez az állam azonban arra a vagyona történő adó megállapításánál, amelyre vonatkozóan az adóztatás jogát megtartja, azt az adótételt alkalmazhatja, amely alkalmazandó lenne, ha az a vagyon nem lenne kivéve az adóztatás alól.

11. Cikk**Egyeztető eljárás**

(1) Ha egy személy véleménye szerint az egyik Szerződő Állam vagy mindkét Szerződő Állam intézkedései ránézve olyan adóztatáshoz vezetnek vagy vezetnek, amely nem felel meg a jelen Egyezménynek, ugy ezen államok belső joga szerinti jogorvoslat csorbitása nélkül ügyét előterjesztheti a két Szerződő Állam egyikének illetékes hatóságához.

(2) Ha az illetékes hatóság a kifogást jogosnak találja és maga nincs abban a helyzetben, hogy kielégítő megoldást találjon, ugy törekedni fog az ügyet a másik Szerződő Állam illetékes hatóságával egyetértésben ugy rendezni, hogy az Egyezménynek meg nem felelő adóztatás elkerülhető legyen.

(3) A Szerződő Államok illetékes hatóságai törekedni fognak a nehézségeket vagy kétségeket, amelyek az Egyezmény értelmezésénél vagy alkalmazásánál felmerülnek, kölcsönös egyetértéssel eloszlatni. Tanácskozhatnak közösen arról is, hogy miként lehet a kettős adóztatást olyan esetekben, amelyeket az Egyezmény nem tartalmaz, elkerülni.

(4) A Szerződő Államok illetékes hatóságai az előző bekezdések értelmében létrehozandó egyetértés elérése céljából egymással közvetlenül érintkezhetnek. Amennyiben szóbeli véleménycsere az egyetértés elérése érdekében célszerűnek látszik, ugy az ilyen véleménycsere lefolytatható olyan bizottságban, amely a Szerződő Államok illetékes hatóságainak képviselőiből áll.

12. Cikk**Tájékoztatáscsere**

(1) A Szerződő Államok illetékes hatóságai ki fogják cserélni a jelen Egyezmény végrehajtásához szükséges tájékoztatásokat. A Szerződő Államok illetékes hatóságai azonban nincsenek arra kötelezve, hogy olyan felvilágosítást adjanak, amelyhez irat a pénzügyi hatóságoknak nem áll

Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 13

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist der Rechtsordnung eines jeden der beiden Vertragstaaten gemäß zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Budapest auszutauschen.

(2) Das Abkommen tritt 60 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und seine Bestimmungen finden auf Nachlässe von Personen Anwendung, die an oder nach diesem Tag sterben.

Artikel 15

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragstaaten gekündigt worden ist.

Jeder der beiden Vertragstaaten kann das Abkommen schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr auf Nachlässe von Personen Anwendung, die nach Ablauf des Kalenderjahres verstorben sind, zu dessen Ende das Abkommen gekündigt worden ist.

rendelkezésre, hanem külön kutatásra lenne szükség. Az így kicserélt valamennyi információt titokban kell tartani és csak olyan személyeknek vagy hatóságoknak lehet hozzáférhetővé tenni, amelyek az Egyezmény alá eső adók kivetésével vagy beszedésével foglalkoznak.

(2) Az (1) bekezdés semmiesetre sem értelmezhető úgy, mintha az a Szerződő Államok egyikét kötelezné:

- a) olyan államigazgatási intézkedések hozatalára, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak a törvényeitől vagy államigazgatási gyakorlatától eltérnek;
- b) olyan adatok átadására, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak törvényei szerint vagy rendes igazgatási eljárásában nem szerezhetőek be;
- c) olyan tájékoztatás adására, amely kereskedelmi, üzleti, ipari vagy foglalkozási titkot vagy üzleti eljárást adna ki, vagy amelynek a közlése ellentmondana a közrendnek.

13. Cikk

Diplomáciai és konzuli tisztviselők

A jelen Egyezmény nem érinti a diplomáciai vagy konzuli képviseletek tagjainak adózási kiváltságait, amelyek a nemzetközi jog általános szabályai szerint vagy külön megegyezések alapján őket megilletik.

14. Cikk

Hatálybalépés

(1) A jelen Egyezményt mindkét Szerződő Állam jogrendjének megfelelően meg kell erősíteni. A megerősítő okiratokat Budapesten mielőbb ki kell cserélni.

(2) Az Egyezmény 60 nappal a megerősítésről szóló okiratok kicserélése után lép hatályba és rendelkezései olyan személyek hagyatékára nyerne alkalmazást, akik ezen a napon vagy azt követően halnak meg.

15. Cikk

Hatályvesztés

A jelen Egyezmény addig marad hatályban, ameddig a Szerződő Államok egyike azt fel nem mondja.

Mindegyik Szerződő Állam felmondhatja az Egyezményt írásban diplomáciai úton bármely naptári év végére 6 hónapos határidő betartásával. Ebben az esetben az Egyezmény már nem nyer alkalmazást olyan személyek hagyatékára, akik annak a naptári évnek a lejártja után haltak meg, amelynek a végére a felmondás történt.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 25. Februar 1975 in zweifacher Urschrift, in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Androsch e. h.

Für die Ungarische Volksrepublik:
Faluvégi e. h.

Ennek hitelül a meghatalmazottak a jelen Egyezményt aláírták és pecsétjükkel ellátták.

Készült Bécsben, 1975. február 25, két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság nevében:
Androsch s. k.

A Magyar Népköztársaság nevében:
Faluvégi s. k.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 11. Dezember 1975 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß Art. 14 Abs. 2 am 9. Feber 1976 in Kraft.

Kriszky

52.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN, ERTRAG UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und die Ungarische Volksrepublik, von dem Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen zu vermeiden, sind übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen:

Artikel 1

Persönlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt für Steuern, die nach der Gesetzgebung jedes der beiden Vertragsstaaten unmittelbar vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen für die Vertragsstaaten oder ihre Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Ungarischen Volksrepublik:
 - a) die allgemeine Einkommensteuer;
 - b) die Einkommensteuer der eine geistige Tätigkeit ausübenden Personen;

EGYEZMÉNY

AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG ÉS A MAGYAR NÉPKÖZTÁRSASÁG KÖZÖTT A KETTŐS ADÓZTATÁS ELKERÜLÉSÉRE A JÖVEDELEM-, A HOZADÉKI ÉS A VAGYONADOK TERÜLETÉN

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság attól az óhajtól vezetve, hogy a jövedelem-, a hozadéki és a vagyonadók területén elkerüljék a kettős adóztatást, a következő Egyezmény megkötésében állapodtak meg:

1. Cikk

Személyi hatály

A jelen Egyezmény azokra a személyekre terjed ki, akik az egyik Szerződő Államban vagy mindkét Szerződő Államban illetőséggel bírnak.

2. Cikk

Az Egyezmény alá eső adók

(1) A jelen Egyezmény azokra az adókra terjed ki, amelyeket a Szerződő Államok bármelyikének a törvényhozása alapján közvetlenül a jövedelem, a hozadék és a vagyon után a Szerződő Államok vagy azok területi köztisztviselői részére beszednek.

(2) A jelen Egyezmény értelmében adóknak tekintendők:

1. a Magyar Népköztársaságban:
 - a) az általános jövedelemadó;
 - b) a szellemi tevékenységet folytatók jövedelemadója;

- c) die Einkommensteuer der landwirtschaftlichen Bevölkerung;
- d) die Gewinnsteuer und betriebliche Sondersteuer;
- e) die Gewinnsteuer der wirtschaftlichen Assoziationen mit ausländischer Beteiligung;
- f) die Haussteuer;
- g) die Hauswertsteuer;
- h) die Grundsteuer;
- i) der Beitrag zur Förderung des Wachstums der Gemeinden;
- j) die Gebühr für die Dividenden- und Gewinnauszahlungen der Handelsgesellschaften.
2. in der Republik Österreich:
- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Aufsichtsratsabgabe;
- d) die Vermögensteuer;
- e) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;
- f) die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer;
- g) die Grundsteuer;
- h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- i) die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen;
- j) die Abgabe vom Bodenwert bei unbauten Grundstücken.
- (3) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung in einem der Vertragsstaaten neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle eingeführt wird.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche und juristische Personen;
- b) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- c) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
1. in der Ungarischen Volksrepublik: den Finanzminister,
 2. in der Republik Österreich: den Bundesminister für Finanzen.

- c) a mezőgazdasági lakosság jövedelemadója;
- d) a nyereségadó és vállalati különadó;
- e) a külföldi részvétellel működő gazdasági társulások nyereségadója;
- f) a házáadó;
- g) a házértékadó;
- h) a telekadó;
- i) a községfejlesztési hozzájárulás;
- j) a kereskedelmi társaságok osztalék és nyereség kifizetései utáni illeték;
2. az Osztrák Köztársaságban:
- a) a jövedelemadó;
- b) a társulati adó;
- c) a felügyelőbizottsági adó;
- d) a vagyonadó;
- e) az öröklési adó alól elvont vagyonadója;
- f) az ipari adó, beleértve a bérösszegadót;
- g) a földadó;
- h) a mező- és erdőgazdasági üzemek adója;
- i) a mező- és erdőgazdasági üzemek hozzájárulásai a családi segélyekre vonatkozó kiegyenlítési alaphoz;
- j) a beépítetlen telkek földértékadója.

(3) Az Egyezmény alkalmazandó mindarra lényegében azonos vagy hasonló jellegű adóra, amelyet az Egyezmény aláírása után a Szerződő Államok egyikében az ezidőszert létező adók mellett vagy azok helyett bevezetnek.

3. Cikk

Általános meghatározások

- (1) A jelen Egyezmény értelmében, ha az összefüggés mást nem kíván:
- a) a „személy” kifejezés magában foglalja a természetes és jogi személyeket;
- b) az „egyik Szerződő Állam vállalkozása” és a „másik Szerződő Állam vállalkozása” kifejezés az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy, illetőleg a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy által folytatott vállalkozást jelent;
- c) az „illetékes hatóság” kifejezés
1. a Magyar Népköztársaságban: a pénzügyminisztert,
 2. az Osztrák Köztársaságban: a szövetségi pénzügyminisztert jelenti.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren familiären und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so werden die Vertragsstaaten gemäß Artikel 24 vorgehen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie auf Grund ihres Sitzes steuerpflichtig ist.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäfts- oder Produktionseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Az Egyezménynek az egyik Szerződő Állam által történő alkalmazásánál, ha a szövegösszefüggés mást nem kíván, bármely, más-képpen meg nem határozott kifejezésnek olyan értelme van, mint amilyent arra nézve ennek az Államnak a jelen Egyezmény tárgyát képező adókra vonatkozó joga megállapít.

4. Cikk

Lakóhely az adó szempontjából

(1) A jelen Egyezmény értelmében az „egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy” kifejezés olyan személyt jelent, aki ennek az Államnak a joga szerint ott, lakóhelye, állandó tartózkodási helye, üzletvezetésének helye vagy más hasonló ismérv alapján adóköteles.

(2) Amennyiben egy természetes személy az (1) bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel bír, úgy a következők érvényesek:

- a) A személy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben állandó lakóhellyel rendelkezik. Ha mindkét Szerződő Államban rendelkezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyhez szorosabb családi és gazdasági kapcsolatok fűzik (a létezők központja).
- b) Amennyiben nem határozható meg, hogy a személy létezőinek központja melyik Szerződő Államban van, vagy a Szerződő Államok egyikében sem rendelkezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben szokásos tartózkodási helye van.
- c) Abban az esetben, ha a személynek mindkét Szerződő Államban van, vagy a Szerződő Államok egyikében sincs szokásos tartózkodási helye, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelynek állampolgára.
- d) Ha a személy mindkét Szerződő Államnak, vagy egyik Szerződő Államnak sem állampolgára, úgy a Szerződő Államok a 24. cikk szerint járnak el.

(3) Amennyiben más, mint egy természetes személy az (1) bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel bír, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben székhelye alapján adóköteles.

5. Cikk

Telephely

(1) A jelen Egyezmény értelmében a „telephely” kifejezés állandó üzleti illetőleg termelőberendezést jelent, amelyben a vállalkozás tevékenységét egészben vagy részben kifejti.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwei Jahre überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(2) A „telephely” kifejezés magában foglalja különösen:

- a) a vezetés helyét,
- b) a fiókot,
- c) a kirendeltséget,
- d) a gyártelepet,
- e) a műhelyt,
- f) a bányát, a kőfejtőt vagy a föld kincseinek kiaknázására szolgáló más telepet,
- g) az olyan építési kivitelezést vagy szerelést, amelynek időtartama két évet meghalad.

(3) Nem tekintendők telephelynek:

- a) azok a berendezések, amelyeket kizárólag a vállalkozás javainak vagy áruinak raktározására, kiállítására vagy kiszolgáltatására használnak;
- b) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag raktározás, kiállítás vagy kiszolgáltatás céljából tartanak;
- c) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag abból a célból tartanak, hogy azokat egy másik vállalkozás megmunkálja vagy feldolgozza;
- d) az állandó üzleti berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozás részére javakat vagy árukat vásároljanak vagy információkat szerezzenek;
- e) az állandó üzleti berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozást reklámozzák, információkat adjanak, tudományos kutatást végezzenek vagy hasonló tevékenységet folytassanak, amely előkészítő vagy kisegítő jellegű.

(4) Amennyiben egy személy — kivéve az (5) bekezdés értelmében a független képviselőt — az egyik Szerződő Államban a másik Szerződő Állam vállalkozása érdekében tevékenykedik, úgy az előbb említett államban akkor adott a telephely, ha a személynek meghatalmazása van a vállalkozás nevében szerződéseket kötni és meghatalmazásával ebben az államban rendszeresen él, kivéve, ha tevékenysége javaknak vagy áruknak a vállalkozás részére való vételére korlátozódik.

(5) Az egyik Szerződő Állam vállalkozását nem lehet úgy tekinteni, mintha annak a másik Szerződő Államban telephelye volna, csupán azért, mert tevékenységét ott alkusz, bizományos vagy más független képviselő útján fejtí ki, amennyiben ezek a személyek rendes üzleti tevékenységük keretében járnak el.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person eine juristische Person beherrscht oder von einer juristischen Person beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden juristischen Personen nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche

(6) Egyedül azáltal, hogy az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró jogi személy egy olyan jogi személyt ural vagy azt egy olyan jogi személy uralja, amely a másik Szerződő Államban illetőséggel bír vagy ott (akár telephely útján, akár más módon) fejt ki tevékenységét, a két jogi személy egyike sem lesz a másik telephelye.

6. Cikk

Ingatlanvagyonból származó jövedelem

(1) Az ingatlanvagyonból származó jövedelem abban a Szerződő Államban adózható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az „ingatlanvagyon” kifejezést annak a Szerződő Államnak a joga szerint kell meghatározni, amelyben a vagyon fekszik. A kifejezés minden esetben magában foglalja az ingatlanvagyon tartozékait, a mező- és erdőgazdasági üzemek élő és holt felszerelését, azokat a jogokat, amelyekre a földterületekre vonatkozó magánjogi előírások nyerne alkalmazást, és ingatlanvagyon használati jogát, valamint az ásványlelőhelyeknek, forrásoknak és a föld más kincseinek kiaknázásáért vagy kiaknázásának jogaért járó változó vagy állandó térítésekre vonatkozó jogokat; hajók és légijárművek nem tekintendők ingatlanvagyonnak.

(3) Az (1) bekezdés az ingatlanvagyon közvetlen használatából, bérbeadásából vagy haszonbérbeadásából, valamint a használat minden más formájából származó jövedelemre érvényes.

(4) Az (1) és (3) bekezdés a vállalkozás ingatlanvagyonából származó jövedelmére és a szabadfoglalkozás gyakorlására szolgáló ingatlanvagyonból származó jövedelemre is érvényes.

7. Cikk

Vállalkozási nyereség

(1) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának nyeresége csak ebben az államban adózható, kivéve ha a vállalkozás tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott lévő telephely útján fejt ki. Amennyiben a vállalkozás ilyen módon fejt ki tevékenységét, úgy a vállalkozás nyeresége a másik államban adózható, azonban csak olyan mértékben, amilyen mértékben az ennek a telephelynek tudható be.

(2) Ha az egyik Szerződő Állam vállalkozása tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott lévő telephely útján fejt ki, úgy ennek a telephelynek mindegyik Szerződő Államban azokat a nyereségeket kell betudni, amelyet akkor érhetett volna el, ha azonos vagy hasonló

Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Gewinnanteile aus einer Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Unternehmen anzuwenden.

Artikel 8

Schiffahrt und Luftfahrt

(1) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Eine in einem Vertragsstaat ansässige Person darf mit Gewinnen aus dem Betrieb von Binnenschiffen im internationalen Verkehr nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn das Unternehmen im Gebiet des anderen Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit der Luftfahrt und Schiffahrt, einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einer Betriebsgemeinschaft, unabhängig davon, ob der Verkehr mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder

tevékenységet, azonos vagy hasonló feltételek mellett mint önálló vállalkozás fejtett volna ki és azzal a vállalkozással lebonyolított forgalmában, amelynek telephelye, teljesen független lett volna.

(3) A telephely nyereségének megállapításánál az e telephely miatt felmerült költségek, beleértve az üzletvezetési és általános ügyviteli költségeket, levonhatók, tekintet nélkül arra, hogy abban az államban merültek-e fel, ahol a telephely fekszik, vagy máshol.

(4) Javaknak és áruknak a vállalkozás részére történő pusztán vásárlása alapján a telephelynek nem számítható be nyereség.

(5) Amennyiben a nyereségekhez olyan jövedelem tartozik, amellyel a jelen Egyezmény más cikkei foglalkoznak, úgy azoknak a cikkeknél rendelkezéseit a jelen cikk rendelkezése nem érintik.

(6) A jelen cikk rendelkezései alkalmazandók olyan nyereségrészesedésre is, amely egy vállalkozásban csendes társként való érdekeltségből származik.

8. Cikk

Hajózás és légiforgalom

(1) Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy tengeri hajóknak vagy légi járműveknek a nemzetközi forgalomban való üzemeltetéséből származó nyeresége után csak ebben a Szerződő Államban adózhat.

(2) Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy belvizi hajóknak a nemzetközi forgalomban való üzemeltetéséből származó nyeresége után csak ebben a Szerződő Államban adózhat.

(3) Az (1) és (2) bekezdések akkor is érvényesek, ha a vállalkozásnak a másik állam területén személyek vagy áruk szállítására ügynöksége van. Es azonban csak olyan tevékenységre érvényes, amely közvetlenül a légiforgalommal és hajózással függ össze, beleértve a ki és beszállítási szolgáltatást.

(4) Jelen cikk rendelkezései érvényesek légiforgalmi vállalkozások üzemközösségben való részvételére is függetlenül attól, hogy a forgalmat saját vagy bérelt járművekkel bonyolítják le.

9. Cikk

Kapcsolt vállalkozások

Amennyiben

- a) az egyik Szerződő Állam vállalkozása közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenőrzésében vagy tőkájében részesedik, vagy

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der juristischen Person in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genusaktien oder Genuschein, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende juristische Person ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in den anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende juristische Person ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige juristische Person Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die juristische Person an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne

b) ugyanazok a személyek közvetlenül vagy közvetve az egyik Szerződő Állam vállalkozásának és a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenőrzésében vagy tőkéjében részesednek

és ezekben az esetekben a két vállalkozás egymás között kereskedelmi vagy pénzügyi kapcsolataikra tekintettel olyan feltételekben állapodik meg, vagy olyan feltételeket szab, amelyek eltérnek azoktól, amelyekben független vállalkozások egymással megállapodnának, úgy az a nyereség, amelyet a vállalkozások egyike ezen feltételek nélkül elért volna, ezen feltételek miatt azonban nem ért el, ennek a vállalkozásnak a nyereségéhez hozzászámítható és megfelelően megadóztatható.

10. Cikk

Osztalék

(1) Az osztalék, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró jogi személy a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizet, a másik államban adózhatatlan.

(2) Ez az osztalék, továbbá abban a Szerződő Államban, amelyben az osztalékot fizető jogi személy illetőséggel bír, ennek az államnak a joga szerint megadóztatható; az adó azonban az osztalék bruttó összegének 10%-át nem haladhatja meg.

Ez a bekezdés nem érinti a jogi személy adóztatását azon nyereség vonatkozásában, amelyből az osztalékot fizetik.

(3) A jelen cikkben használt „osztalék” kifejezés részvényekből, élvezeti részvényekből vagy élvezeti jegyekből, bányarészjegyekből, alapítói érdekeltségből vagy nyereségrészesedést biztosító más jogokból — kivéve a követeléseket — származó jövedelmet, valamint egyéb társasági érdekeltségből származó olyan jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyben a nyereséget felosztó jogi személy illetőséggel bír, a részvényekből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik.

(4) Az (1) és (2) bekezdés nem alkalmazandó, ha az osztalék egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyben az osztalékot fizető jogi személy illetőséggel bír, telephelye van és az érdekeltség, amely után az osztalékot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(5) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró jogi személy nyereséget vagy jövedelmet élvez a másik Szerződő Államból, úgy ez a másik állam nem adóztathatja meg sem az osztalékot, amelyet a jogi személy nem ebben a másik államban illetőséggel bíró személyeknek

der juristischen Person einer Steuer für nicht-ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen gemessen an der zugrundeliegenden Forderung den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Fernsehfilme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder

fizet, sem a jogi személy nyereségét nem veheti a fel nem osztott nyereség adója alá, még akkor sem, ha a kifizetett osztalék vagy a fel nem osztott nyereség egészben vagy részben a másik államban elért nyereségből vagy jövedelemből áll.

11. Cikk Kamat

(1) A kamat, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adóztható.

(2) Az ebben a cikkben használt „kamat” kifejezés állami kölcsönökből, kötvényekből, még akkor is, ha azok a földterületre bejegyzett jelzálogjoggal vannak biztosítva vagy nyereségrészesedéssel vannak kiállítva, és mindenajta követelésből származó jövedelmet, valamint minden más olyan jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyből származik, a kölcsönből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a kamat egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a kamat származik, telephelye van és a követelés, amely után a kamatot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) Ha az adós és hitelező, vagy mindegyikük és egy harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett kamat az alapját képező követeléshez mérten meghaladja azt az összeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, ugye ezt a cikket csak ezen utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és a jelen Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembe vételével adóztható.

12. Cikk Licencdíj

(1) A licencdíj, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adóztható.

(2) Az ebben a cikkben használt „licencdíj” kifejezés azt a bármilyen jellegű térítést jelenti, amelyet irodalmi, művészeti vagy tudományos művek, beleértve a mozgóképfilmeket és a televíziós filmeket, szerzői jogának, szabadalmak védjegyek, minták vagy modellek, tervek, titkos formulák vagy eljárások használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy

Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall darf der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Veräußerungsgewinne

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 21 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

tudományos felszerelések használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy tudományos tapasztalatok közléséért fizetnek.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a licencdíj egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a licencdíj származik, telephelye van és a jogok vagy vagyoni értékek, amelyekért a licencdíjat fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartoznak. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) Ha az adós és hitelező, vagy mindegyikük és egy harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett licencdíj az alapját képező szolgáltatáshoz mérten megnadja azt az összeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, úgy ezt a cikket csak ezen utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és a jelen Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembe vételével adóztatható.

13. Cikk

Elidegenítésből származó nyereség

(1) A 6. cikk (2) bekezdésében meghatározott ingó vagy von elidegenítéséből származó nyereség abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az olyan ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség, amely az egyik Szerződő Állam vállalkozásának a másik Szerződő Államban lévő telephelye üzemi vagyontát képezi, vagy amely egy olyan állandó berendezéshez tartozik, amellyel az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozás kifejtése céljából a másik Szerződő Államban rendelkezik, beleértve az olyan nyereséget, amelyet egy ilyen telephelynek (egyedül vagy az egész vállalkozással együtt történő) elidegenítésével vagy egy ilyen állandó berendezésnek az elidegenítésével elérnek, a másik államban adóztatható. A 21. cikk (3) bekezdésében említett ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség azonban csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez az ingó vagyon a hivatkozott cikk szerint adóztatható.

(3) Az (1) és (2) bekezdésben nem említett vagyon elidegenítéséből származó nyereség csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben az elidegenítő illetőséggel bír.

Artikel 14**Freie Berufe**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische, unterrichtende oder sportliche Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Steuerberater.

Artikel 15**Nichtselbständige Arbeit**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- b) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat, und
- c) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes, Luftfahrzeuges oder eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeuges erzielt.

14. Cikk**Szabad foglalkozás**

(1) Az olyan jövedelem, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozásból, vagy más hasonló jellegű önálló tevékenységből élvez, csak ebben az államban adóztható, kivéve, ha a személy tevékenységének kifejtéséhez a másik Szerződő Államban rendszeresen állandó berendezéssel rendelkezik. Amennyiben a személy ilyen állandó berendezéssel rendelkezik, úgy a jövedelem a másik államban adóztható, azonban csak annyiban, amennyiben az ennek az állandó berendezésnek tudható be.

(2) A „szabad foglalkozás” kifejezés magában foglalja különösen az önállóan kifejtett tudományos, irodalmi, művészeti, nevelési, oktatási vagy sporttevékenységet, valamint az orvosok, ügyvédek, mérnökök, építészek, fogorvosok és adószakértők önálló tevékenységét.

15. Cikk**Nem önálló munka**

(1) A 16., 17. és 18. cikkek fenntartásával a fizetés, a bér és más hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy nem önálló munkáért kap, csak ebben az államban adóztható, kivéve, ha a munkát a másik államban végzik. Amennyiben a munkát ott végzik, úgy az ezért kapott térítés a másik államban adóztható.

(2) Tekintet nélkül az (1) bekezdésre, az a térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy a másik Szerződő Államban végzett nem önálló munkáért kap, csak az először említett államban adóztható, ha

- a) a térítést olyan munkaadó fizeti vagy olyan munkaadó nevében fizetik, aki nem bír illetőséggel a másik államban, és
- b) a térítést nem a munkaadónak a másik államban lévő telephelye vagy állandó berendezése viseli és
- c) a kedvezményezett a másik államban a vonatkozó adózási évben összesen nem tartózkodik hosszabb ideig mint 183 nap.

(3) Tekintet nélkül ennek a cikknek előbbi rendelkezéseire, a nemzetközi forgalomban üzemeltetett tengeri hajó, légi jármű vagy belvízi hajózás lebonyolítására szolgáló hajó fedélzetén végzett nem önálló munkáért járó térítés abban a Szerződő Államban adóztható, amelyben az a személy illetőséggel bír, aki a nyereséget a hajó vagy légi jármű üzemeltetéséből eléri.

Artikel 16**Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer juristischen Person bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17**Ruhegehälter**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18**Öffentliche Funktionen**

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gezahlt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

Artikel 19**Studenten und Lehrlinge**

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung erhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artikel 20**Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte**

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

16. Cikk**Felügyelőbizottsági vagy igazgatótanácsi térítés**

A felügyelőbizottsági vagy az igazgatótanácsi térítés és hasonló fizetés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy olyan minőségében élvez, mint a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró jogi személy felügyelőbizottságának vagy igazgatótanácsának a tagja, a másik államban adóztatható.

17. Cikk**Nyugdíj**

A 18. cikk (1) bekezdésének fenntartásával a nyugdíj és hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek korábbi, nem önálló munkáért fizetnek, csak ebben az államban adóztatható.

18. Cikk**Közzolgálat**

(1) A térítés, beleértve a nyugdíjat, amelyet az egyik Szerződő Állam vagy annak egyik területi köztestülete közvetlenül fizet, vagy ezen állam vagy a területi köztestület által létesített külön alapból fizetnek egy természetes személynek ezen államban vagy a területi köztestületnek közzszolgálatban teljesített szolgálatért, ebben az államban adóztatható.

(2) A Szerződő Államok egyikének vagy egyik területi köztestületének kereskedelmi vagy ipari tevékenységével kapcsolatban teljesített szolgálatért járó térítésre és nyugdíjra a 15., 16. és 17. cikkek alkalmazandók.

19. Cikk**Tanulók és ipari, kereskedelmi tanulók**

Azt a fizetést, amelyet olyan tanuló vagy ipari, kereskedelmi tanuló kap ellátására, tanulmányaira vagy képzésére, aki az egyik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy azelőtt ott illetőséggel bírt és aki a másik Szerződő Államban kizárólag tanulmányi vagy képzési célból tartózkodik, a másik államban nem adóztatják, amennyiben ez a fizetés részére a másik államon kívül lévő forrásokból folyik be.

20. Cikk**Kifejezetten nem említett jövedelem**

Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek az előző cikkekben kifejezetten nem említett jövedelme csak ebben az államban adóztatható.

Artikel 21**Besteuerung des Vermögens**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist, die die Gewinne aus dem Betrieb des Schiffes oder Luftfahrzeuges erzielt.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22**Vermeidung der Doppelbesteuerung**

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat, vorbehaltlich des Absatzes 2, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder das übrige Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in dem anderen Vertragsstaat gezahlte Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die aus dem anderen Vertragsstaat bezogen werden.

Artikel 23**Gleichbehandlung**

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die

21. Cikk**A vagyon megadóztatása**

(1) A 6. cikk (2) bekezdésében meghatározott ingatlanvagyon abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az ingó vagyon, amely egy vállalkozás telephelyének üzemi vagyonát képezi vagy szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló állandó berendezéshez tartozik, abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben a telephely vagy az állandó berendezés van.

(3) A nemzetközi forgalomban üzemeltetett hajók és légi járművek, valamint az az ingó vagyon, amely ezen hajók és légi járművek üzemeltetésére szolgál, csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben az a személy illetőséggel bír, aki a hajó vagy a légi jármű üzemeltetéséből a nyereséget eléri.

(4) Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy minden más vagyónrésze csak ebben az Államban adóztatható.

22. Cikk**Kettős adóztatás elkerülése**

(1) Amennyiben az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy jövedelmet élvez vagy vagyona van és ez a jövedelem vagy ez a vagyon a jelen Egyetmény szerint a másik Szerződő Államban adóztatható, úgy az először említett állam, a (2) bekezdés fenntartásával, ezt a jövedelmet vagy ezt a vagyont kivonja az adóztatás alól; ez az állam azonban ennek a személynek a többi jövedelmére vagy a többi vagyonára történő adómegállapításnál azt az adótételt alkalmazhatja, amely alkalmazandó lenne, ha az a jövedelem vagy az a vagyon nem lenne kivéve az adóztatás alól.

(2) Amennyiben az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy olyan jövedelmet élvez, amely a 10. cikk szerint a másik Szerződő Államban adóztatható, úgy az először említett állam beszámítja a személy jövedelméből beszedendő adóba azt az összeget, amely megfelel a másik Szerződő Államban fizetett adónak. A beszámítandó összeg azonban nem haladhatja meg a beszámítás előtt megállapított adónak azt a részét, amely arra a jövedelemre esik, amelyet a másik Szerződő Államból élveznek.

23. Cikk**Egyenlő elbánás**

(1) Az egyik Szerződő Állam állampolgárai a másik Szerződő Államban nem vethetők sem olyan adóztatás, sem pedig az azzal összefüggő olyan kötelezettség alá, amely más vagy terheesebb

anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen;
- b) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(6) Es wird festgestellt, daß die abweichende Besteuerung der ungarischen sozialistischen Wirtschaftseinheiten den Bestimmungen dieses Artikels nicht widerspricht.

Artikel 24

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht

mint az az adóztatás és az azzal összefüggő kötelezettségek, amelyeknek a másik állam állampolgárai azonos körülmények között alá vannak vagy alá lehetnek vetve.

(2) Az „állampolgár” kifejezés jelenti:

- a) mindazon természetes személyeket, akik az egyik Szerződő Állam állampolgárságával rendelkeznek;
- b) mindazon jogi személyeket, személyi társaságokat és más személyi egyesüléseket, amelyeket az egyik Szerződő Államban érvényes jog szerint létesítettek.

(3) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának a másik Szerződő Államban lévő telephelyét a másik államban nem lehet kedvezőtlenből adóztatni, mint a másik állam azonos tevékenységet folytató vállalkozását.

Ez a rendelkezés nem értelmezendő akként, mintha az egyik Szerződő Államot arra kötelezné, hogy a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személyeknek személyi állapot vagy családi terhek alapján olyan adómentes összegeket, adókedvezményeket és adómérsékléseket nyújtson, amelyeket a saját területén illetőséggel bíró személyeknek nyújt.

(4) Az egyik Szerződő Állam vállalkozása, amelynek tőkéje teljesen vagy részben, közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró egy vagy több személy tulajdonában vagy ellenőrzése alatt van, az elsőként említett államban nem vehető sem olyan adóztatás, sem pedig azzal összefüggő olyan kötelezettség alá, amely más vagy terheesebb mint az az adóztatás és az azzal összefüggő kötelezettségek, amelyeknek az elsőként említett állam más hasonló vállalkozása alá van vagy alá lehet vetve.

(5) Ebben a cikkben az „adóztatás” kifejezés bármilyen fajta és megnevezésű adót jelent.

(6) Megállapítást nyer, hogy a magyar szocialista gazdálkodó szervezetek eltérő adóztatása nem mond ellent a jelen cikk rendelkezéseinek.

24. Cikk

Egyeztető eljárás

(1) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy véleménye szerint az egyik Szerződő Állam vagy mindkét Szerződő Állam intézkedési ránczva olyan adóztatáshoz vezettek vagy vezetnek, amely nem felel meg a jelen Egyezménynek,

entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall nach Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 25

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheim zu halten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;

ugy ezen államok belső joga szerinti jogorvoslat csorbitása nélkül ügyét előterjesztheti azon Szerződő Állam illetékes hatóságához, amelyben illetőséggel bír.

(2) Ha az illetékes hatóság a kifogást jogosnak találja és maga nincs abban a helyzetben, hogy kielégítő megoldást találjon, úgy törekedni fog az ügyet a másik Szerződő Állam illetékes hatóságával egyetértésben úgy rendezni, hogy az Egyezménynek meg nem felelő adóztatás elkerülhető legyen.

(3) A Szerződő Államok illetékes hatóságai törekedni fognak a nehézségekre vagy kétségekre, amelyek az Egyezmény értelmezésénél vagy alkalmazásánál felmerülhetnek, kölcsönös egyetértéssel eloszlatni. Tanácskozhatnak közösen arról is, hogy miként lehet a kettős adóztatást olyan esetekben, amelyek az Egyezmény nem tartalmaz, elkerülni.

(4) A Szerződő Államok illetékes hatóságai az előző bekezdések értelmében létrehozandó egyetértés elérése céljából egymással közvetlenül érintkezhetnek. Amennyiben szóbeli véleménycsere az egyetértés elérése érdekében célszerűnek látszik, úgy az ilyen véleménycsere lefolytatható olyan bizottságban, amely a Szerződő Államok illetékes hatóságainak képviselőiből áll.

25. Cikk

Tájékoztatás-csere

(1) A Szerződő Államok illetékes hatóságai ki fogják cserélni a jelen Egyezmény végrehajtásához szükséges tájékoztatásokat. A Szerződő Államok illetékes hatóságai azonban nincsenek arra kötelezve, hogy olyan felvilágosítást adjanak, amelyhez irat a pénzügyi hatóságoknak nem áll rendelkezésre, hanem külön kutatásra lenne szükség. Az így kicserélt valamennyi információt titokban kell tartani és csak olyan személyeknek vagy hatóságoknak lehet hozzáférhetővé tenni, amelyek az Egyezmény alá eső adók kivetésével vagy beszedésével foglalkoznak.

(2) Az (1) bekezdés semmiesetre sem értelmezhető úgy, mintha az a Szerződő Államok egyikét köteleznél:

- a) olyan államigazgatási intézkedések hozatalára, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak a törvényeitől vagy államigazgatási gyakorlatától eltérnek;

- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.
- b) olyan adatok átadására, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak törvényei szerint vagy rendes igazgatási eljárásában nem szerezhetők be;
- c) olyan tájékoztatás adására, amely kereskedelmi, üzleti, ipari vagy foglalkozási titkot vagy üzleti eljárást adna ki, vagy amelynek a közlése ellentmondana a közrendnek.

Artikel 26

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 27

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist der Rechtsordnung eines jeden der beiden Vertragsstaaten gemäß zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Budapest auszutauschen.

(2) Das Abkommen tritt 60 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 28

Wirksamkeitsbeginn

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden Anwendung auf alle Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt worden ist.

Jeder der beiden Vertragsstaaten kann das Abkommen schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen für die Steuerzeiträume nicht mehr anzuwenden, die nach dem Ende des Kalenderjahres beginnen, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

26. Cikk

Diplomáciai és konzuli tisztviselők

A jelen Egyezmény nem érinti a diplomáciai vagy konzuli képviselők tagjainak adózási kiváltságait, amelyek a nemzetközi jog általános szabályai szerint vagy külön megegyezések alapján őket megilletik.

27. Cikk

Hatálybalépés

(1) A jelen Egyezményt mindkét Szerződő Állam jogrendjének megfelelően meg kell erősíteni. A megerősítő okiratokat Budapesten mielőbb ki kell cserélni.

(2) Az Egyezmény 60 nappal a megerősítésről szóló okiratok kicserélése után lép hatályba.

28. Cikk

Hatálybalépés kezdete

A jelen Egyezmény rendelkezései minden olyan adózási évre alkalmazandók, amelyek azon év december 31-e után kezdődnek, amelyben a megerősítésről szóló okiratok kicserélése megtörtént.

29. Cikk

Hatályvesztés

A jelen Egyezmény addig marad hatályban, ameddig a Szerződő Államok egyike azt fel nem mondja.

Mindegyik Szerződő Állam felmondhatja az Egyezményt írásban diplomáciai úton bármely naptári év végére 6 hónapos határidő betartásával. Ebben az esetben az Egyezmény már nem alkalmazandó azokra az adózási időszakokra, amelyek annak a naptári évnek a vége után kezdődnek, amelynek a végére a felmondás történt.

Ennek hiteléül a meghatalmazottak a jelen Egyezményt aláírták és pecsétjükkel ellátták.

GESCHEHEN zu Wien, am 25. Februar 1975 | Készült Bécsben, 1975. február 25. két eredeti
in zweifacher Urschrift, in deutscher und in | példányban, német és magyar nyelven, mindkét
ungarischer Sprache, wobei beide Texte in | szöveg egyaránt hiteles.

Für die Republik Österreich:

Androsch e. h.

Für die Ungarische Volksrepublik:

Faluvégi e. h.

Az Osztrák Köztársaság nevében:

Androsch s. k.

A Magyar Népköztársaság nevében:

Faluvégi s. k.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 11. Dezember 1975 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß Art. 27 Abs. 2 am 9. Feber 1976 in Kraft.

Kreisk

53.

ÜBEREINKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 1976 und 1977

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien haben

zur Durchführung des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 17. September 1971 für die Jahre 1976 und 1977

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsparteien drücken ihre Genugtuung über die bestehende Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Sozialistischen Republik Rumänien aus und werden den Ausbau dieser Zusammenarbeit auf Grund der zwischen den beiden Institutionen abgeschlossenen Vereinbarung unterstützen.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden die Einladung von Wissenschaftlern des anderen Landes zu internationalen wissenschaftlichen Konferenzen, Symposien und anderen Veranstaltungen, die in ihrem Lande stattfinden, unterstützen. Sie werden während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens die Organisation von zwei bis drei bilateralen wissenschaftlichen Kolloquien ermutigen, wobei die Themen und die Zahl der Teilnehmer einvernehmlich festzulegen sein werden.

PROGRAM

de colaborare culturală între Guvernul Federal Austriac și Guvernul Republicii Socialiste România pe anii 1976 — 1977

Guvernul Federal Austriac și Guvernul Republicii Socialiste România în vederea realizării prevederilor acordului de colaborare culturală între Republica Austria și Republica Socialistă România, încheiat la Viena, la 17 septembrie 1971, au convenit asupra următorului Program de colaborare pentru anii 1976—1977.

Articolul 1

Părțile Contractante își exprimă satisfacția pentru colaborarea existentă între Academia Austriacă de Științe și Academia Republicii Socialiste România și vor sprijini dezvoltarea acestei colaborări în baza înțelegerii directe încheiate între cele două instituții.

Articolul 2

Fiecare Parte Contractantă va sprijini invitarea de oameni de știință din cealaltă țară la conferințe științifice naționale cu participare internațională, la simpozioane și la alte întâlniri care se organizează în propria țară.

Părțile Contractante vor încuraja organizarea, în perioada de valabilitate a prezentului Program, a 2—3 colocvii științifice bilaterale. Temele colocviilor, precum și numărul participanților vor fi stabilite de comun acord.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1978

Ausgegeben am 17. Feber 1978

26. Stück

- 101. Verordnung:** Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen
- 102. Kundmachung:** Beitritt Israels zum Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht
- 103. Abkommen** zwischen dem Bundeskanzler der Republik Österreich und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Kultus der Republik Bolivien über die Errichtung und Führung einer Ausbildungsstätte für Bergleute

101. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 24. Jänner 1978 zur Durchführung des Abkommens vom 25. Feber 1975 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen

Zur Durchführung des Abkommens vom 25. Feber 1975, BGBl. Nr. 52/1976, zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) wird verordnet:

Entlastung von der Kapitalertragsteuer in Österreich

§ 1. (1) Bei Einkünften, die gemäß den §§ 93 bis 97 des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440, in Österreich der Kapitalertragsteuer unterliegen, ist der volle Steuerabzug auch von den Einkünften solcher Personen vorzunehmen, die gemäß Artikel 4 des Abkommens in der Ungarischen Volksrepublik ansässig sind.

(2) Der Steuerpflichtige ist berechtigt, die Rückerstattung jener Beträge an Kapitalertragsteuer zu begehren, die über das nach Artikel 10 Absatz 2 des Abkommens zulässige Ausmaß hinaus einbehalten wurden.

(3) Der Anspruch auf Steuerrückerstattung gemäß Absatz 2 steht nur jener Person zu, die im Zeitpunkt des Zufließens der Einkünfte das Recht auf Nutzung der diese Einkünfte abwerfenden Kapitalanlagen besaß.

(4) Steuerrückerstattungsanträge sind unter Verwendung der Vordrucke R-U 1 (Anlage) geltend zu machen. Die Vordrucke sind bei der ungarischen Geldinstitutszentrale erhältlich. Der

Antrag ist innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die besteuerten Einkünfte zugeflossen sind, bei der für die Besteuerung des Antragstellers zuständigen ungarischen Steuerbehörde in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Entstehen im Lauf eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sind sie möglichst zusammen in einem Antrag geltend zu machen. Ansprüche aus drei Jahren können in einem Antrag zusammengefaßt werden. Soweit jedoch die in Österreich ansässigen Ertragsschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden, sind gesonderte Anträge einzureichen.

(5) Jedem Antrag sind Belege über den Bezug der Einkünfte anzuschließen. Wird der Antrag durch einen Vertreter unterzeichnet, so ist eine Vollmacht des Anspruchsberechtigten (Absatz 3) beizulegen.

(6) Die ungarische Steuerbehörde bestätigt zutreffendenfalls auf der zweiten Antragsausfertigung, daß der Antragsteller in der Ungarischen Volksrepublik ansässig ist. Die zweite Ausfertigung des Antrages wird sodann von der ungarischen Behörde unter Anschluß sämtlicher Belege sowie einer allfälligen Vollmacht im Weg des Bundesministeriums für Finanzen dem Finanzamt zugeleitet, das für die Veranlagung des Ertragsschuldners zur Körperschaftsteuer in Österreich zuständig ist.

(7) Das im Absatz 6 bezeichnete Finanzamt hat über den Antrag zu entscheiden.

Entlastung von der Besteuerung in der Ungarischen Volksrepublik

§ 2. (1) In der Ungarischen Volksrepublik wird der Steuerabzug von den im Abkommen bezeichneten Einkünften nur in dem Ausmaß vorgenommen, das durch die Bestimmungen des

Abkommens vorgesehen ist (Entlastung an der Quelle).

(2) Konnte in der Ungarischen Volksrepublik die Entlastung an der Quelle (Absatz 1) nicht durchgeführt werden, so kann bei dem in Absatz 3 bezeichneten ungarischen Organ ein Antrag auf Rückerstattung der entgegen den Vorschriften des Abkommens einbehaltenen Steuer gestellt werden. Dem Antrag wäre eine österreichische Wohnsitzbescheinigung anzuschließen.

(3) Anträge gemäß Absatz 2 sind, wenn sich der Antrag auf eine im Abzugsweg an der Quelle erhobene Steuer bezieht, bei dem ungarischen Organ, das die Zahlungen (Lizenzgebühren, Honorare, usw.) geleistet hat, in allen anderen

Fällen bei der ungarischen Steuerbehörde einzureichen, die für die Veranlagung der Steuer zuständig ist, auf die sich der Antrag bezieht.

Wohnsitzbescheinigung

§ 3. (1) Steuerpflichtige, die zur Erlangung einer abkommensgemäßen Steuerentlastung in Österreich oder in Ungarn den Nachweis erbringen müssen, daß sie in einem der beiden Staaten ansässig (Artikel 4 des Abkommens) sind, können sich je nach Lage des Falles in Österreich oder in Ungarn an die dort für ihre Einkommen- (Körperschaft)besteuerung zuständige Behörde wenden und um Ausstellung einer diesbezüglichen Bestätigung (Wohnsitzbescheinigung) ansuchen.

Die österreichische Wohnsitzbescheinigung wird in folgender Form erteilt:

Finanzamt Ort Ausstellungsdatum

Wohnsitzbescheinigung

Es wird hiemit bestätigt, daß Vorname und Name bzw. Firma

in Postleitzahl Ort, Straße, Gasse, Platz, Nr.

am Zeitpunkt des Zuflusses der Einkünfte

im Sinne von Artikel 1 des Abkommens vom 25. Feber 1975 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen in Österreich ansässig war.



..... Unterschrift

Androsch

GÜLTIG BIS / VALID UNTIL 31.08.2022

R-UI/ Antrag auf Rückerstattung — Visszatérítés iránti kérelem**österreichischer Abzugssteuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen (Kapitalertragsteuer)****tőkevagyon jövedelemből levont osztrák adóra (tőkehozadéki adó) vonatkozóan**

1. Ausfertigung

für die ungarischen

Steuerbehörden

Ungarisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen vom 25. Februar 1975

1975. február 25-i osztrák-magyar egyezmény a kettős adóztatás elkerüléséről

1. sz. pld. a magyar adóhatóság részére

Der Antrag ist in doppelter Ausfertigung bei der für die Besteuerung des Antragstellers zuständigen ungarischen Steuerbehörde spätestens vor Ablauf des dritten auf den Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge folgenden Kalenderjahres einzureichen. Entstehen im Laufe eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sind sie zusammen in einem Antrag geltend zu machen. Ansprüche aus drei Jahren können in einem Antrag zusammengefaßt werden. Gesonderte Anträge sind einzureichen, soweit die in Österreich wohnhaften Ertragschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden (siehe Rückseite oben). Allfällige Vertreter, die den Antrag unterzeichnen, haben eine Vollmacht beizufügen. Als Beweismittel sind der 2. Ausfertigung jedes Antrages die Belege über die erfolgte Auszahlung oder Gutschrift der Kapitalerträge (Coupongutschriften, Kassabestätigungen) beizufügen. Das Einholen von weiteren Beweismitteln und von Auskünften bleibt vorbehalten.

A kérelem két példányban nyújtandó be a kérelmező adóztatására illetékes magyar adóhatóságánál legkésőbb a tőkehozadéki befolyásának időpontját követő harmadik naptári év lejárata előtt. Amennyiben egy naptári év folyamán több visszatérítési igény keletkezik, úgy azok együttesen egy kérelemben érvényesítendők. Három évből származó igényt egy kérelemben lehet összefoglalni. Külön kérelemben nyújtandók be, amennyiben az Ausztriában lakó, hozadéki fizetésére kötelezett adósokra nem ugyanaz az adóhivatal veti ki a társulati adót (lásd fent a tájékoztatót). Az esetleges képviselőnek, aki a kérelmet aláírja, meghatalmazást kell mellékelnie. Bizonyítékként minden kérelem 2. sz. példányához mellékelni kell a tőkehozadéki kifizetésének vagy jóváírásának megtörténtéről szóló bizonylatokat (szelvényjóváírások, pénztári igazolások). További bizonylatok és felvilágosítások bekérésének a joga fenn van tartva.

Gebührenfrei
Illetékmentes

Regd. Nr.

Iktatási szám:

Antrag Nr.

Kérelem száma

Datum des Eingangs

Beérkezés kelte

**I. ANTRAGSTELLER
KÉRELMEZŐ**

Name und Vorname oder Firma:

Vezetéknév és utónév, vagy cég:

Beruf:

Foglalkozás:

Adresse (Straße, Nr.):

Wohnsitz oder Sitz (Ort):

Cím (utca, szám):

Lakóhely v. székhely (helység):

Allfälliger Vertreter (Name, Anschrift):

Esetleges képviselő (név, cím):

Vollmacht vom

der 2. Ausfertigung beigeschlossen

19.....-i meghatalmazás a 2. sz. példányhoz csatolva

Benennung der ungarischen
Steuerbehörde:magyar adóhatóság
megnevezése:**II. ANGABEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN
ADATOK AZ OSZTRÁK ADÓHATÓSÁG RÉSZÉRE**

1. Waren Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten berechtigt zur Nutzung der Vermögenswerte, deren Erträge in Spalte 7 enthalten sind, und haben Sie diese Erträge für eigene Rechnung vernommen? (Wenn nein, in Ziffer 5 angeben, warum.)

Jogosult volt-e a hátlapon, a 6. oszlopban megadott időpontokban azoknak a vagyoni értékeknek hasznosítására, amelyeknek hozadékát a 7. oszlop tartalmazza, és saját számlájára szedte-e be ezeket a hozadékokat? (Amennyiben nem, az 5. pontban közölni, miért.)

2. Hatten Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten in Österreich einen Wohnsitz oder Ihren gewöhnlichen Aufenthalt?
Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontokban Ausztriában lakása, vagy szokásos tartózkodási helye?

3. Hatten Sie an einem der in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten eine Betriebsstätte in Österreich, oder waren Sie an einer österreichischen Personenvereinigung ohne Rechtserlösbeteiligung beteiligt?

Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontok egyikében telephelye Ausztriában, vagy volt-e részesedése egy jogi személyiség nélküli osztrák személyi egységben?

4. An welche Bank, auf welches Postscheckkonto oder an welche sonstige Adresse ist der zurückzuerstattende Betrag für Ihre Rechnung zu überweisen?

Melyik bankhoz, milyen postacsekkszámlára, vagy milyen egyéb címre kell a visszatérítendő összeget az Ön részére átutalni?

5. Bemerkungen:

Megjegyzések:

**III. ALLGEMEINE ERKLÄRUNG
ÁLTALÁNOS NYILATKOZAT**

Der Antragsteller erklärt, daß die in diesem Antrag (Vorder- und Rückseite) gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. A kérelmező kijelenti, hogy a jelen kérelem első és hátlapján közölt adatok a valóságnak megfelelnek.

Ort und Datum
Hely és keletUnterschrift
Aláírás

Für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer ist zuständig bei Ertragsschuldern im Land

A hozadék fizetésére kötelezettnél az egyes tartományokban az alábbiak illetékesek a társulati adó kivételére:

Wien: das Finanzamt für Körperschaften Wien
 Niederösterreich: das Finanzamt für Körperschaften Wien
 Burgenland: das Finanzamt für Körperschaften Wien
 Kärnten: das Finanzamt Klagenfurt
 Oberösterreich: das Finanzamt Linz
 Salzburg: das Finanzamt Salzburg

Steiermark: das Finanzamt Graz-Stadt
 Tirol: das Finanzamt Innsbruck
 Vorarlberg: 1. das Finanzamt Bregenz
 (für seinen Amtsbereich)
 2. das Finanzamt Feldkirch
 (für seinen Amtsbereich)

1. Ausfertigung
 1. példány

**IV. BESTEUERTE ERTRÄGE
 MEGADÓZTATOTT HOZADÉKOK**

1 Name und Anschrift des Schuldners Adós néve és címe Bezeichnung der Kapitalanlagen (Aktien, Ges. m. b. H.-Anteile, Genußscheine usw.) Tőkebefektetés megnevezése (részvény, Kft-érdekeltetés, élvezeti jegy, stb.)	2 Beleg Nr. Bizony- lat hivat- kozási száma	3 Datum des Erwerbs*) A szerzés idő- pontja*)	4 Dividende oder Zinsen % Osztalék ill. kamat %	5 Anzahl der Aktien und (oder) Obligationen Totaler Nennwert der Titel S A részvények és (vagy) kötvények darabszáma A címletek teljes névértéke Schilling	6 Besteuerte Erträge (brutto) Megadóztatott hozadékok (bruttó)		7 Eredmény Összesen Újra használat
					Verfalldatum (Tag, Monat, Jahr) Esedékességi időpontja (nap, hónap, év)	S	
					Summe der steuerbelasteten Beträge Az adóval terhelt összeg		S
					Rückerstattungsanspruch: % hievon Ebből visszatérítési igény: %		S

A magyar adóhatóság és kirendeltetve
 Reserviert für die ungarische Steuerbehörde

A Szövetségi Pénzügminisztériumnak továbbítva 19.....-én

Am an das Bundesministerium für Finanzen weitergeleitet.

R-U/I Antrag auf Rückerstattung — Visszatérítés iránti kérelem

österreichischer Abzugssteuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen (Kapitalertragsteuer)

2. Ausfertigung für:
BMFF Wien

tőkevagyon jövedelemből levont osztrák adóra (tőkehozadéki adó) vonatkozóan

2. sz. pl.d. a Szövetségi Pénzügyminisztérium részére, Bécs

Ungarisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen vom 25. Februar 1975
1975. február 25-i osztrák-magyar egyezmény a kettős adóztatás elkerüléséről

Der Antrag ist in doppelter Ausfertigung bei der für die Besteuerung des Antragstellers zuständigen ungarischen Steuerbehörde spätestens vor Ablauf des dritten auf den Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge folgenden Kalenderjahres einzureichen. Entstehen im Laufe eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sind sie zusammen in einem Antrag geltend zu machen. Ansprüche aus drei Jahren können in einem Antrag zusammengefaßt werden. Gesonderte Anträge sind einzureichen, soweit die in Österreich wohnhaften Ertragschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden (siehe Rückseite oben). Allfällige Vertreter, die den Antrag unterzeichnen, haben eine Vollmacht beizulegen. Als Beweismittel sind der 2. Ausfertigung jedes Antrages die Besche über die erfolgte Auszahlung oder Gutschrift der Kapitalerträge (Couponausdrücke, Kassabestätigungen) beizufügen. Das Einholen von weiteren Beweismitteln und von Auskünften bleibt vorbehalten.

A kérelem két példányban nyújtandó be a kérelmező adóztatására illetékes magyar adóhatóságnál legkésőbb a tőkehozadék befolyásának időpontját követő harmadik naptári év lejárata előtt. Amennyiben egy naptári év folyamán több visszatérítési igény keletkezik, úgy azok együttesen egy kérelemben érve nyújthatók. Három évből származó igényt egy kérelemben lehet összefoglalni. Külön kérelmek nyújtandók be, amennyiben az Ausztriában lakó, hozadék fizetésére kötelezett adósokra nem ugyanaz az adóhivatal veti ki a társulati adót (lásd fent a tőloldalán). Az esetleges képviselőnek, aki a kérelmet aláírja, meghatalmazást kell mellékelnie. Bizonyítékként minden kérelem 2. sz. példányához mellékelni kell a tőkehozadék kifizetésének vagy jóváírásának megtörténtéről szóló bizonylatokat (szelvényjávírások, pénztári igazolások). További bizonylatok és felvilágosítások bekérésének a joga fenn van tartva.

Gebührenfrei
Illetékmentes

Regd. Nr.

Iktatási szám:

Antrag Nr.

Kérelem száma

Datum des Eingangs

Beérkezés kelte

**I. ANTRAGSTELLER
KÉRELMEZŐ**

Name und Vorname oder Firma:

Vezetéknév és utónév, vagy cég:

Beruf:

Foglalkozás:

Adresse (Straße, Nr.):

Wohnsitz oder Sitz (Ort):

Cím (utca, szám):

Lakóhely v. székhely (helység):

Allfälliger Vertreter (Name, Anschrift):

Esetleges képviselő (név, cím):

Vollmacht vom

der 2. Ausfertigung belgeschlossen

19.....-i meghatalmazás a 2. sz. példányhoz csatolva

Reserviert für die österreichische Steuerbehörde

Az osztrák adóhatóság részére fenntartva

**II. ANGABEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN
ADATOK AZ OSZTRÁK ADÓHATÓSÁG RÉSZÉRE**

1. Waren Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten berechtigt zur Nutzung der Vermögenswerte, deren Erträge in Spalte 7 enthalten sind, und haben Sie diese Erträge für eigene Rechnung vernommen? (Wenn nein, in Ziffer 5 angeben, warum.)

Jogosult volt-e a hátlapon, a 6. oszlopban megadott időpontokban azoknak a vagyoni értékeknek hasznosítására, amelyeknek hozadékát a 7. oszlop tartalmazza, és saját számlájára szedte-e be ezeket a hozadékokat? (Amennyiben nem, az 5. pontban közölni, miért.)

2. Hatten Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten in Österreich einen Wohnsitz oder Ihren gewöhnlichen Aufenthalt?
Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontokban Ausztriában lakása, vagy szokásos tartózkodási helye?

3. Hatten Sie an einem der in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten eine Betriebsstätte in Österreich, oder waren Sie an einer österreichischen Personenvereinigung ohne Rechenschaftspflicht beteiligt?

Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontok egyikében telephelye Ausztriában, vagy volt-e részesedése egy jogi személyiség nélküli osztrák személyi egyesülésben?

4. An welche Bank, auf welches Postscheckkonto oder an welche sonstige Adresse ist der zurückzuerstattende Betrag für Ihre Rechnung zu überweisen?

Melyik bankhoz, milyen postacékszámlára, vagy milyen egyéb címre kell a visszatérítendő összeget az Ön részére átutalni?

5. Bemerkungen:

Megjegyzések:

**III. ALLGEMEINE ERKLÄRUNG
ÁLTALÁNOS NYILATKOZAT**

Der Antragsteller erklärt, daß die in diesem Antrag (Vorder- und Rückseite) gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. A kérelmező kijelenti, hogy a jelen kérelem első és hátlapján közölt adatok a valóságnak megfelelnek.

Ort und Datum
Hely és kelet

Unterschrift
Aláírás

Für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer ist zuständig bei Ertragsschuldern im Land

A hozadék fizetésére kötelezettnél az egyes tartományokban az alábbiak illetékesek a társulati adó kivételére:

2. Ausfertigung
2. példány

Wien: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Niederösterreich: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Burgenland: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Kärnten: das Finanzamt Klagenfurt
Oberösterreich: das Finanzamt Linz
Salzburg: das Finanzamt Salzburg

Steiermark: das Finanzamt Graz-Stadt
Tirol: das Finanzamt Innsbruck
Vorarlberg: 1. das Finanzamt Bregenz
(für seinen Amtsbereich)
2. das Finanzamt Feldkirch
(für seinen Amtsbereich)

**IV. BESTEUERTE ERTRÄGE
MEGADÓZTATOTT HOZADÉKOK**

1 Name und Anschrift des Schuldners Adós neve és címe Bezeichnung der Kapitalanlagen (Aktien, Ges. m. b. H.-Anteile, Genußscheine usw.) Tőkebefektetés megnevezése (részvény, Kft-érdeklettség, élvezeti levél, stb.)	2 Beleg Nr. Bizony- lat hivat- kozási száma	3 Datum des Erwerbs*) A szerzés idő- pontja**)	4 Dividendo oder Zinsen % Osztalék ill. kamat %	5 Anzahl der Aktien und (oder) Obligationen Totaler Nennwert der Titel S A részvények és (vagy) kötvények darabszáma A címletek teljes névértéke Schilling	6 Besteuerte Erträge (brutto) Megadóztatott hozadékok (bruttó)		7 Leer lassen Üresen hagyandó
					Verfalldatum (Tag, Monat, Jahr) Esedékesség időpontja (nap, hónap, év)	S	
					Summe der steuerbelasteten Beträge Az adóval terhelt összeg S		
					Rückerstattungsanspruch: % hiervon Ebből visszatérítési igény: % S		

A magyar adóhatóság kérésére az osztrák adóhatóság részére
Bestätigung der ungarischen Steuerbehörden an die österreichischen Steuerbehörden

Ezennel igazolom, hogy a kérelmező a 6. oszlopban megadott időpontokban a kettős adóz-
tatás elkerülésére szolgáló egyezmény értelmében Magyarországon illetőséggel bírt.
Hiermit wird bestätigt, daß der Antragsteller an den in Spalte 6 angegebenen Daten in Un-
garn im Sinne des DBA ansässig war.

Bemerkungen:
Megjegyzések:

Ort und Datum:
Hely és kelet:

Unterschrift
Aláírás

Leer lassen für die österreichischen Steuerbe-
hörden
Üresen hagyandó az osztrák adóhatóságok ré-
szére

VERFÜGUNG

Rückerstattung wird bewilligt für

S

In Worten:

Datum:

Unterschrift:

Bescheid:

Zahlungsauftrag:

R-U/I Antrag auf Rückerstattung — Visszatérítés iránti kérelem

österreichischer Abzugssteuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen (Kapitalertragsteuer)

Kopie für den
Antragsteller

tőkevagyon jövedelemből levont osztrák adóra (tőkehozadéki adó) vonatkozóan

Másolat a kérelmező
részére

Ungarisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen vom 25. Februar 1975
1975. február 25-i osztrák-magyar egyezmény a kettős adóztatás elkerüléséről

Der Antrag ist in doppelter Ausfertigung bei der für die Besteuerung des Antragstellers zuständigen ungarischen Steuerbehörde spätestens vor Ablauf des dritten auf den Zeitpunkt des Zufliessens der Kapitalerträge folgenden Kalenderjahres einzureichen. Entstehen im Laufe eines Kalenderjahres mehrere Rückerstattungsansprüche, so sind sie zusammen in einem Antrag geltend zu machen. Ansprüche aus drei Jahren können in einem Antrag zusammengefaßt werden. Gesonderte Anträge sind einzureichen, soweit die in Österreich wohnhaften Ertragschuldner nicht vom gleichen Finanzamt zur Körperschaftsteuer veranlagt werden (siehe Rückseite oben). Allfällige Vertreter, die den Antrag unterzeichnen, haben eine Vollmacht beizulegen. Als Beweismittel sind der 2. Ausfertigung jedes Antrages die Belege über die erfolgte Auszahlung oder Gutschrift der Kapitalerträge (Couponausdrücke, Kassabestätigungen) beizufügen. Das Einholen von weiteren Beweismitteln und von Auskünften bleibt vorbehalten.

A kérelem két példányban nyújtandó be a kérelmező adóztatására illetékes magyar adóhatóságnál legkésőbb a tőkehozadék befolyásának időpontját követő harmadik naptári év lejáratáig. Amennyiben egy naptári év folyamán több visszatérítési igény keletkezik, úgy azok együttesen egy kérelemben érvényesítendők. Három évből származó igényt egy kérelemben lehet összefoglalni. Külön kérelmek nyújtandók be, amennyiben az Ausztriában lakó, hozadék fizetésére kötelezett adósokra nem ugyanaz az adóhivatal veti ki a társulati adót (lásd fent a tájékoztatót). Az esetleges képviselőnek, aki a kérelmet aláírja, meghatalmazást kell mellékelnie. Bizonyítékként minden kérelem 2. sz. példányához mellékelni kell a tőkehozadék kifizetésének vagy jóváírásának megtörténtéről szóló bizonylatokat (szelvényjövőírások, pénztári igazolások). További bizonylatok és felvilágosítások bekérésének a joga fenn van tartva.

Durchschrift
für den
Antragsteller

Másolat a
kérelmező
részére

I. ANTRAGSTELLER KÉRELMEZŐ

Name und Vorname oder Firma:
Vezetéknév és utónév, vagy cég:

Beruf:
Foglalkozás:

Adresse (Straße, Nr.):
Wohnsitz oder Sitz (Ort):

Cím (utca, szám):
Lakóhely v. székhely (helység):

Allfälliger Vertreter (Name, Anschrift):
Esetleges képviselő (név, cím):

Vollmacht vom der 2. Ausfertigung beigegeben
19.....-i meghatalmazás a 2. sz. példányhoz csatolva

II. ANGABEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN STEUERBEHÖRDEN ADATOK AZ OSZTRÁK ADÓHATÓSÁG RÉSZÉRE

1. Waren Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten berechtigt zur Nutzung der Vermögenswerte, deren Erträge in Spalte 7 enthalten sind, und haben Sie diese Erträge für eigene Rechnung vernommen? (Wenn nein, in Ziffer 5 angeben, warum.)
Jogosult volt-e a hátlapon, a 6. oszlopban megadott időpontokban azoknak a vagyoni értékeknek hasznosítására, amelyeknek hozadékát a 7. oszlop tartalmazza, és saját számlájára szedte-e be ezeket a hozadékokat? (Amennyiben nem, az 5. pontban közölni, miért.)
2. Hatten Sie an den in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten in Österreich einen Wohnsitz oder Ihren gewöhnlichen Aufenthalt?
Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontokban Ausztriában lakása, vagy szokásos tartózkodási helye?
3. Hatten Sie an einem der in Spalte 6 (auf der Rückseite) genannten Daten eine Betriebsstätte in Österreich, oder waren Sie an einer österreichischen Personenvereinigung ohne Rechtserstreckbarkeit beteiligt?
Volt-e a hátlapon a 6. oszlopban megadott időpontok egyikében telephelye Ausztriában, vagy volt-e részesedése egy jogi személyiség nélküli osztrák személyi egyesülésben?
4. An welche Bank, auf welches Postscheckkonto oder an welche sonstige Adresse ist der zurückzuerstattende Betrag für Ihre Rechnung zu überweisen?
Melyik bankhoz, milyen postacekkszámra, vagy milyen egyéb címre kell a visszatérítendő összeget az Ön részére átutalni?
5. Bemerkungen:
Megjegyzések:

III. ALLGEMEINE ERKLÄRUNG ÁLTALÁNOS NYILATKOZAT

Der Antragsteller erklärt, daß die in diesem Antrag (Vorder- und Rückseite) gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. A kérelmező kijelenti, hogy a jelen kérelem első és hátlapján közölt adatok a valóságnak megfelelnek.

Ort und Datum
Hely és kelet

Unterschrift
Aláírás

Für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer ist zuständig bei Ertragsschuldnern im Land

A hozadék fizetésére kötelezettnél az egyes tartományokban az alábbiak illetékesek a társulati adó kivételére:

Kopie für den Antragsteller
Másolat a kérelmező részére

Wien: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Niederösterreich: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Burgenland: das Finanzamt für Körperschaften Wien
Kärnten: das Finanzamt Klagenfurt
Oberösterreich: das Finanzamt Linz
Salzburg: das Finanzamt Salzburg

Steiermark: das Finanzamt Graz-Stadt
Tirol: das Finanzamt Innsbruck
Vorarlberg: 1. das Finanzamt Bregenz (für seinen Amtsbereich)
2. das Finanzamt Feldkirch (für seinen Amtsbereich)

**IV. BESTEUERTE ERTRÄGE
MEGADÓZTATOTT HOZADÉKOK**

1 Name und Anschrift des Schuldners Adós neve és címe Bezeichnung der Kapitalanlagen (Aktien, Ges. m. b. H.-Anteile, Genussscheine usw.) Tőkebefektetés megnevezése (részvény, Kft-érkelettség, élvezeti levél, stb.)	2 Beleg Nr. Bizonylat hivatkozási száma	3 Datum des Erwerbs*) A szerzés időpontja*)	4 Dividende oder Zinsen % Osztalék ill. kamat %	5 Anzahl der Aktien und (oder) Obligationen Totaler Nennwert der Titel S A részvények és (vagy) kötvények darabszáma A címletek teljes névértéke Schilling	6 Besteuerte Erträge (brutto) Megadóztatott hozadékok (bruttó)		7 Ismeretlen Ország honvédelmi
					Verfalldatum (Tag, Monat, Jahr) Esedékesség időpontja (nap, hónap, év)	S	
					Summe der steuerbelasteten Beträge Az adóval terhelet összeg S		
					Rückerstattungsanspruch: % hievon Ebből visszatérítési igény: % S		

*) Wenn in den letzten fünf Jahren erworben, genaues Datum angeben. Wenn früher erworben, genügt Angabe „vor 19...“
*) Amennyiben a szerzés az utolsó 5 évben történt, a pontos időpontot meg kell jelölni. Korábbi szerzésnél elegendő: „19... előtt“



**Durchschrift für den Antragsteller
Másolat a kérelmező részére**